

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 19.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 10. Mai 1913.

Redakteur: H. Gutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Rote Heuchelei.

Es ist keine angenehme Aufgabe, sich mit dem „Textilarbeiter“, dem Organ des sozialdemokratischen Verbandes, zu befassen. Mehr wie einmal beschleicht einen bei dieser Beschäftigung ein Gefühl des Ekels ob der widerwärtigen Kampfweise dieses rüdesten aller sozialdemokratischen Gewerkschaftsblätter. Und doch kommt man gelegentlich nicht dran vorbei, dessen heuchlerisches Gebaren zu charakterisieren und die in diesem Blatte herrschende Zweifelletheorie zu kennzeichnen. Das müssen wir auch heute wieder tun.

Der „Textilarbeiter“ hat sich in den letzten Wochen so oft in seine „demokratische“ Brust geworfen und das „undemokratische“ Verhalten unseres Verbandes im Krefelder Färberstreik „gebrandmarkt“. Wir sollen unsere Färber „verschächern“, „verkaufen“ und „verraten“, „nicht gehört“ und somit „hintergangen“ haben. Das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder sei bei uns völlig aufgehoben usw. Das ist zunächst einmal unwar. Wir haben wiederholt dargelegt, daß zunächst eine Sitzung der führenden Färberkollegen und tags darauf eine Färberversammlung gehört wurde und die Arbeitsaufnahme beschloß. Erst nach der Abstimmung in dieser Versammlung wurde das Resultat der Beschlußfassung dem Herrn Oberbürgermeister schriftlich übermittelt.

Dann aber verfehlt der „Textilarbeiter“ mit seinen Behauptungen der eigenen Verbandsleitung und sich selbst klatschende Ohrfeigen. Beide vertreten doch entschieden den Standpunkt, daß der Zentralvorstand allein in letzter Linie über Beginn und Beendigung eines Kampfes zu entscheiden hat. Selbst der Ausschuß des sozialdemokratischen Verbandes teilt den Standpunkt. Das geht aus dem Protokoll der Generalversammlung von 1908 hervor. Dort heißt es Seite 98 oben:

„Bei Erörterung der fraglichen Angelegenheit stellte der Zentralvorstand die Frage:

„Hat der Zentralvorstand das Recht, eine aussichtslose Bewegung zu beenden?“

Der Ausschuß bejahte diese Frage, beschloß aber den Zusatz:

„Daß der Vorstand vorher mit den Vertrauensleuten der Beteiligten darüber verhandeln soll.“

Denselben Standpunkt hat der „Textilarbeiter“ selbst unlängst noch vertreten. In seiner Nr. 7 vom 14. Februar 1913 wandte er sich energisch dagegen, die Entscheidung über Beginn und Beendigung von Streiks einem Aktionsausschuß zu überlassen, der fast ausschließlich von Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis besetzt ist. Wörtlich sagt er:

„Aber ganz abgesehen davon, muß doch gesagt werden, daß es mehr als gewagt ist, einer Körperschaft, die zu mehr denn zwei Dritteln aus Personen zusammengesetzt ist, von denen wiederum vier Fünftel fern von der Brandung der wirtschaftlichen Kämpfe stehen, und von den Voraussetzungen zu den tatsächlichen Maßnahmen nicht die nötigen Kenntnisse haben können, Entscheidungen übertragen zu wollen, die in bezug auf Tragweite die Existenzfrage der Organisation einschließen. Mitglieder, die ihre Aufgabe nach bestem Gewissen erfüllen wollen, können es einfach garnicht unternehmen, ein Mandat in diesem Aktionsausschuß auszuüben.“

Wir bringen diese Äußerungen mit demselben Sperr- und Fettdruck, wie auch der „Textilarbeiter“. Der kommt dann zu dem Schlusse:

„Wir vertreten daher den Standpunkt, daß die endgültige Entscheidung immer beim Vorstand liegen muß. Würde man anders verfahren, dann wäre das gleichbedeutend mit der Entfernung des Sicherheitsventils am Dampfkessel.“

Gut! Wenn die endgültige Entscheidung immer beim Vorstand liegen muß, wenn dieser, wie Genosse Hübsch selbst auf der Generalversammlung seines Verbandes (1908) erklärte, die Möglichkeit haben muß, „auch vorher genehmigte Streiks abzubrechen, wenn er sieht, daß nichts mehr herauszuholen ist,“ dann hat der „Textilarbeiter“

auch nicht die allergeringste Veranlassung, unserer Verbandsleitung aus ihrem Vorgehen in Krefeld einen Vorwurf zu machen. Diese hat ihre Beschlüsse nur in Verbindung mit den Färbern gefaßt. Es ist darum bodenlos gemein, von einer Verschächerung und Hintergehung der Färber zu reden; es ist eine Heuchelei sondergleichen, wenn der „Textilarbeiter“ angesichts seines oben erwähnten Standpunktes behauptet, das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder sei bei uns völlig aufgehoben. Als ob es in seiner Organisation ein derartig gedachtes Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder gäbe!

Und doch! Es gibt ein solches im sozialdemokratischen Verbands; dann nämlich, wenn die sozialdemokratischen Führer zu feige sind, um den in der Theorie vertretenen vernünftigen Gewerkschaftsgrundsätzen auch praktisch Geltung zu verschaffen. Und das war diesmal in Krefeld der Fall. Es ist bezeichnend für die im „deutschen“ Verbands übliche Zweifelletheorie, daß man jetzt über die Organisation herfällt und sie verächtigt und verleumdet, die genau nach den auch von den sozialdemokratischen Verbandsführern theoretisch vertretenen vernünftigen Gewerkschaftsgrundsätzen gehandelt hat. Und das ist unser Verband.

Wenn das Vorgehen unserer Verbandsleitung aber eine „Verschächerung“ und „Hintergehung“ der Mitglieder bedeutet, dann hat sich der sozialdemokratische Verband bei der Stoffweberbewegung von 1907 eines noch viel größeren Verbrechens schuldig gemacht. Damals erfolgte der Abbruch der Bewegung gegen den ausgesprochenen Willen seiner Mitglieder. Hat er vielleicht hier beim Abbruch die zunächst Beteiligten gehört? Ein Genosse Fliegen-Krefeld sagte auf der Verbandsgeneralversammlung 1908 darüber folgendes aus:

„Die Verbandsvertreter hatten dann eine Sitzung, bei der sie die Anwesenheit der zunächst Beteiligten garnicht für notwendig hielten. Selbstverständlich beschloßen sie auch ohne diese, die Arbeit sofort aufzunehmen.“ (Protokoll S. 106.)

Der damalige Gauleiter Reimes erwiderte darauf:

„Es ist ein kindliches Vergnügen, uns die Abhaltung geheimer Sitzungen vorzuerzählen. Diese sogenannten geheimen Sitzungen lassen wir uns auch in Zukunft nicht nehmen. Es ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht jeder Verbandsleitung, in'er sich Stellung zu wichtigen Fragen zu nehmen und es besteht durchaus keine Verpflichtung, jede beliebige Kommission zuzuziehen. In dieser sogenannten geheimen Sitzung kamen wir einstimmig zu dem Beschluß, die Bewegung abzubrechen; nur die Lokalfisten waren anderer Meinung.“ (Protokoll S. 107.)

Die sozialdemokratische Verbandsleitung hat also damals aus eigenem Ermessen gemeinsam mit den Leitungen der übrigen Verbände die Bewegung für beendet erklärt. Es steht darum dem „Textilarbeiter“ sehr schlecht an, jetzt unserem Verband gegenüber den Sittenrichter spielen zu wollen.

Noch eins sei zum Schluß hervorgehoben. Die sozialdemokratische Verbandsleitung, wie auch die Krefelder Genossen, gaben sich redliche Mühe, die christlich organisierten Färber zur Disziplinlosigkeit und zum Verrat an der eigenen Organisation aufzustacheln. Bei einem Teil unserer Färber ist ihnen das auch gelungen. Diese werden nun von den Genossen als Helden gefeiert, und doch wars bei den meisten nur die erbärmlich gleiche Furcht, die sie zu diesem Verrat bestimmte. Achtung werden sie hierfür auch beim ehrlichen Gegner nicht finden. Man benutzt den Verrat, verachtet aber den Verräter. Es sei hier ein sozialdemokratisches Urteil angeführt über solche Mitglieder, die der Organisation ihr Wort gegeben, aber nicht gehalten haben.

Es war der ehemalige sozialdemokratische Gauleiter Reimes, der auf der Generalversammlung 1908 betonte, er habe bei der Stoffweberbewegung

notgedrungen die Genehmigung zur Kündigung in vier Betrieben gegeben. Es sei aber ausdrücklich vereinbart worden, wenn daraus eine Aussperrung entstehe, müsse die Kündigung zurückgenommen werden. Die Leute versprachen das. Dann sagte Reimes weiter:

„Unter diesen Voraussetzungen und im guten Glauben darauf, daß das Versprechen redlich gehalten würde, haben wir den Schritt gewagt. Das war der Kardinalfehler, das nächste Mal machen wir ihn nicht wieder. Die Konsequenzen waren nur deshalb so groß, weil die Leute uns gegenüber wortbrüchig geworden sind. Nicht wir sind die Verräter gewesen, sondern die Leute haben Verrat an uns geübt und unserer Organisation den schwersten Schaden zugefügt.“

Damit ist das Verhalten all jener gerichtet, die unsern Verband im gegebenen Moment im Stich gelassen haben. Vor allem dem zum sozialdemokratischen Verband übergetretenen kleinen Häuflein ehemals christlich organisierter Färber dürfte dieses Urteil nicht gerade schmeichelhaft in den Ohren klingen. Dem sozialdemokratischen Verband aber gönnen wir solche Mitglieder von Herzen. Er wird von solchen Leuten gelegentlich auch wieder behandelt werden, wie ers verdient.

Zu geringfügig.

Die Zugeständnisse der Krefelder Färberbetreiber waren dem sozialdemokratischen Verband zu geringfügig. So betont er, um seine Haltung zu rechtfertigen. Wir haben den „Textilarbeiter“ aufgefordert, uns eine große Bewegung zu nennen, bei der er mehr erzielte. Er schweigt sich darüber aus. Darum wollen wir noch-mals die Ergebnisse einiger großer Bewegungen des sozialdemokratischen Verbandes anführen.

Krefelder Färberbewegungen von 1906 und 1909.

Bei der Färberbewegung von 1906 wurde zum erstenmal ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die Bewegung ergab Aufbesserungen im Gesamtwert von 120 000—130 000 M. pro Jahr. Der sozialdemokratische Verband schloß den Vertrag ohne Kampf auf drei Jahre ab.

1909 wurde der Vertrag auf drei Jahre erneuert. Wiederum ohne Kampf. Es wurde damals

gefordert	bewilligt
9½ stündige Arbeitszeit; an Samstagen um 5 Uhr Schluß;	nicht.
Lohn für Lehrlinge 1—2 M. mehr pro Woche;	1 M. mehr im dritten Jahre.
für ausgelernte Färbergefelln 2 M. bis 3,50 M. mehr pro Woche;	0,50 M. bis 1 M.
für Couleurfärber 3 M. mehr pro Woche;	1 M.
Hilfsarbeiter im ersten Jahr 22 M., im zweiten Jahr 24 M., im dritten Jahr 26 M. pro Woche;	Im 1. Jahr 18 M., im 2. Jahr 20 M., im 3. Jahr Tariflohn.
für Lehrlinge 2 M. mehr pro Woche;	nicht.
für ausgelernte Mädchen 2 M. bis 4 M. mehr pro Woche.	1 M. für Mädchen über 19 Jahre.

Die von den Färberbetreibern gemachten Zugeständnisse bedeuteten eine Aufbesserung von 120 000 M. pro Jahr. Der sozialdemokratische Verband nahm sie, wie schon betont, ohne Kampf an. Der „Textilarbeiter“ (Nr. 48/1909) schrieb,

„daß die Lohnbewegung der Krefelder Färber einen für die Arbeiter befriedigenden Verlauf genommen habe“ und „daß die Krefelder Färber als Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes auf diese Bewegung mit Stolz zurückblicken können.“

Diesmal wurden 250 000 M. pro Jahr an Aufbesserungen erreicht, und jetzt sind die Zugeständnisse auf einmal zu geringfügig.

Färberstreik im Wuppertal 1910.

Er dauerte 11 Wochen. Durch den Kampf wurde noch nicht die Hälfte von dem erreicht, was den Färbern in Krefeld jetzt zugestanden wurde. Nachstehende Gegenüberstellung beweist das:

Für die Arbeiter der Seidenfärbereien wurde bewilligt: in Krefeld 1913 in Elberfeld-Barmen 1910

Table with 3 columns: Category, Amount (M.), and Status. Rows include 'für Lehrlinge', 'für Arbeiterinnen über 22', 'für selbständige Couleurfärber', etc.

Nach dem Streit in Barmen-Elberfeld haben in den Seidenfärbereien die Lehrlinge, die Arbeiterinnen, die Hilfsarbeiter, die selbständigen Couleurfärber und die ausgebildeten Färbergesellen bis zum Alter von 21 Jahren keinen Pfennig Lohnerhöhung erhalten.

In Krefeld sollte ein Tarifvertrag von Organisation zu Organisation vereinbart werden, doch ist dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband die Vertragsdauer zu lang.

Färberbewegung in Sachsen-Thüringen 1912.

Die Arbeitszeit wurde generell auf 58 Stunden pro Woche festgesetzt. Nachstehend geben wir eine Gegenüberstellung dessen, was der sozialdemokratische Verband an Lohnerhöhung forderte und was die Unternehmer bewilligt haben:

Table for 'Für Arbeiter über sechs Monate in der Branche' with columns for 'gefordert' and 'bewilligt' across different locations like Gera, Glauchau, Meerane.

Table for 'Für Arbeiter unter sechs Monate in der Branche' with columns for 'gefordert' and 'bewilligt' across different locations like Gera, Glauchau, Meerane.

Table for 'Für Arbeiterinnen über 16 Jahre' with columns for 'gefordert' and 'bewilligt' across different locations like Gera, Glauchau, Meerane.

Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die Akkordarbeiter gingen leer aus. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Unternehmer 1911 schon keine Zugeständnisse gemacht hatten, bleibt der Erfolg der Bewegung immer noch weit hinter dem Ergebnis der Krefelder Bewegung zurück.

Bewegung der Spinner und Weber in Sommerfeld 1913.

Daß der sozialdemokratische Verband auch vernünftig sein kann, zeigt vor allem auch die unlängst beendete Bewegung in Sommerfeld. Auch hier wurden die Forderungen der Arbeiter nur zum Teil erfüllt.

- 1. Schluß der Arbeitszeit am Sonnabend um 2 Uhr.
2. Einführung von Arbeiterauschüssen.
3. Eine allgemeine 1/4 stündige Frühstücks- und Vesperpause.
4. Zahlung des Durchschnittslohnes der letzten vier Wochen bei schlechtem Material.
5. Die Anbringung von Schufahren an Tuch- und Ergänzungsstoffen.

Man könnte einwenden, werden, in Krefeld erhielten die Färber nur 7%, in Sommerfeld die Weber aber 10% Lohnerhöhung. Dazu ist zu bemerken, daß der Wochenlohn eines Sommerfelder Webers sich auf 10-12 M. beläuft, während der Tariflohn der Krefelder Färber etwa doppelt so hoch ist.

Und wie machte in Sommerfeld ein Zentralvorstandsmittglied des 'deutschen' Verbandes den Arbeitern die Zugeständnisse mundgerecht? Er sagte:

Kollegen und Kolleginnen, seid vernünftig. Wir können nicht mit dem Kopf durch die Wand. Wir dürfen uns nicht vor dem Gedanken scheuen, wie es wohl eigentlich sein müßte, sondern wir haben mit den vorhandenen Verhältnissen zu rechnen.

Freien mehr erreicht werden könnte. Wir haben getan, was wir konnten. Mehr war nicht zu erreichen. Wenn auch nicht alle Forderungen erfüllt wurden, so war der Erfolg doch ein annehmbarer...

Wenn bei den in Sommerfeld herrschenden erbärmlichen Hungerlöhnen der dort erzielte Erfolg ein 'annehmbarer' war, dann in Krefeld bei den höheren Löhnen noch eher.

So sehen wir, wie der sozialdemokratische Verband in seinen Domänen bei geringeren Erfolgen sich ohne Kampf zufrieden gibt. In Krefeld aber provoziert er gleichsam die Aussperrung. Eine solche Taktik spricht Bände.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.

Im Lager der Unternehmerverbände hat sich vor kurzem eine wesentlich straffere Zusammensetzung der Kräfte vollzogen durch die am 5. April d. J. erfolgte Gründung der 'Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände'.

Das war der erste Schritt zu der vollständigen Verschmelzung, die am 5. April erfolgt ist. Die Mitglieder der neuen 'Vereinigung' beschäftigen etwa 2 1/2 Millionen Arbeiter.

a) Durch die Vereinigung soll in erster Linie ein planmäßiger Ausbau der Arbeitgeberverbände, insbesondere der Berufsorganisationen, gefördert werden. Es hätte namentlich in den letzten zehn Jahren die Arbeitnehmerschutzvereine ihre auf beruflicher Grundlage beruhenden Organisationen immer mehr ausgebaut und die verwandten Verbände zu einheitlichen sogenannten Industrieverbänden zusammengeschlossen.

b) Auch eine möglichst schnelle und lückenlose Sperre der streikenden und ausgeperrten Arbeiter sei nur bei dem Vorhandensein einer einzigen Zentrale möglich. Bisher waren durch den leidigen Umweg über die beiden Zentrale oft Tage vergangen, bis die Verbände in den Besitz der Sperr-Maßnahmen und -Listen gelangten.

vor allen Dingen auch für eine einheitliche Benachrichtigung in Streikangelegenheiten zu sorgen hat.

c) Wesentlich sei ferner die erhöhte Möglichkeit, eine gemeinsame Rückversicherungskasse zu bilden, wodurch die Streikversicherung auf eine Grundlage gestellt und finanziell erheblich leistungsfähiger würde.

d) Eine weitere Stärkung der Position der Arbeitgeber wird angestrebt durch die Errichtung eines Streikabwehrfonds, der aus den erhöhten Beiträgen angeammelt werden soll. Zu diesem Zweck wird ein Jahresbeitrag von 20 Pf. pro 1000 M. Lohnsumme erhoben werden.

e) Die Ausbreitung der Arbeitsnachweise könne durch die neue Zentrale erheblich gefördert werden, was für die Heranziehung und Vermittlung einer brauchbaren (man weiß ja, was man unter 'brauchbar' versteht) Arbeiterkraft wie auch für die Arbeiter von größter Wichtigkeit sei.

f) Die Verschmelzung bedeute auch eine vorteilhafte Verringerung der Geschäfts- und Bureaukosten. Die hierdurch erzielten Ersparnisse könnten für die finanzielle Unterstützung der Verbände verwendet werden.

g) Schließlich sei als außerordentlich bedeutungsvoller Umstand in Rechnung zu ziehen, daß der endliche Zusammenschluß der deutschen Arbeitgeberkraft zu einer Zentrale einen gewaltigen moralischen Erfolg für die Arbeitgeber bedeute. Es könne von diesem Zusammenschluß eine große Wirkung auf die Organisation der Arbeiter erwartet werden.

Diese Zusammenfassung der Gründe, die zur Verschmelzung der beiden großen Arbeitgeberverbände zentralen geführt haben, enthält für uns sehr viel Stoff zum Nachdenken. Zweifellos wird durch die Verschmelzung die Stokkraft der Arbeitgeberorganisation erhöht.

Die Wochenhilfe.

(Von Stadtrat G. von Franzenberg.)

'Wochenhilfe' — ein neues, kurzes, treffendes Wort für eine längst bekannte, aber längst nicht genug gewürdigte und verbreitete Fürsorgeeinrichtung der Krankenkassen! Der Reichsversicherungsordnung war es vorbehalten, nicht nur diese Bezeichnung einzuführen, sondern zugleich auch den Rahmen der für Schwangere und Wöchnerinnen bestimmten besonderen Veranstaltungen der Krankenversicherung nach verschiedenen Seiten hin zu erweitern.

Unter 'Wochenhilfe' versteht die RVO. alle Unterstützungen, die von Krankenkassen an weibliche Versicherte im Zusammenhang mit der Schwangerschaft und der Niederkunft, aber ohne das Vorliegen einer Krankheit, gewährt werden können. Darstellungen und Unterstützung durch Arzt-, Hebammen-, Hauspflegerinnen-Dienste, Leistungen, die nach der bisherigen gesetzgeberischen Ausdrucksweise jeder Krankenkasse zur Pflicht gemacht sind (Mindestleistungen) und fortan 'Regelleistungen' genannt werden, aber auch darüber hinaus freiwillige Erweiterungen des Rahmens ('Mehrleistungen') Maßregeln zugunsten von Schwangeren, Gebärenden, Wöchnerinnen, selbststillenden Müttern hat die RVO

nebeneinander gereiht und mit dem einheitlichen Begriffe der Wochenhilfe umfaßt.

Um die §§ 195-200 der RVO. richtig zu würdigen, empfiehlt es sich, zunächst die Regelleistung des Wochengeldes (§ 195) ins Auge zu fassen und die Erweiterungen und Einschränkungen sich zu vergegenwärtigen, die das Gesetz gestattet.

Erste Voraussetzung ist ein Wochenbett, also eine Niederkunft mit ihren Folgezuständen. Auch Frühgeburten berechnen zu dem Wochengelddanspruch, wenn die Geburt eines lebensfähigen Kindes nicht ausgeschlossen war; bei Fehlgeburten verneint die herrschende Meinung den Tatbestand, der für die Unterstützung vorliegen muß, und wenn einer einwenden wollte, daß die durch eine Fehlgeburt (mit Blutverlust usw.) geschwächte Versicherte die Klassenhilfe erst recht nötig habe, so ist darauf zu erwidern, daß bei allen ersten Fällen der regelwidrige Vorgang eines „Abortus“ als Krankheit zu betrachten sein wird, bei der die allgemeinen Pflichtenleistungen der Klasse (ärztliche Behandlung, Arznei, Krankengeld für Erwerbsunfähige usw.) verlangt werden können.

Ob eine eheliche oder eine außereheliche Entbindung vorlag, ist für die Regelleistung des Wochengeldes gleichgültig, während für landwirtschaftliche Versicherte diese Unterscheidung von 1886 bis 1892 eine Rolle spielte. Versuche einer strengeren Richtung, auch bei dem neuen Rechte Fragen der sittlichen Ordnung mit in Betracht zu ziehen und von ihnen die Entscheidung abhängig zu machen, sind an dem Widerstande der Regierung und der Reichstagsmehrheit gescheitert. Die Säzung darf nicht auf diesen Punkt zurückgreifen: es ist unzulässig, bei einer in der Ehe erfolgten Niederkunft das Wochengeld höher zu bemessen oder länger zu gewähren, als bei außerehelichen Geburten —, dem Gesetz ist eine derartige Staffelung der Leistungen ebenso fremd, wie das völlige Versagen des Wochengeldes an Unverheiratete. Auf diese Notwendigkeit gleichmäßiger Behandlung aller Frauen und Mädchen bei der Regelleistung des Wochengeldes muß deshalb besonders aufmerksam gemacht werden, weil bei der Mehrleistung der ärztlichen und der Hebammen-Geburtshilfe nach § 198 die Beschränkung auf versicherungspflichtige Ehefrauen ausdrücklich gestattet ist, und weil bei der Familienhilfe des § 205 Nr. 2 die Wochenhilfe bestimmungsmäßig nur an versicherungsfreie Ehefrauen der Versicherten gewährt werden darf.

Würde man die Krankenkasse schlechthin zwingen, jeder versicherten Wöchnerin die Unterstützung zu geben, so bedeute dies eine kaum zu ertragende Belastung, und es wäre höchst unzumutbar, mit dieser Leistung einen Anreiz zu schaffen, der zahlreiche Schwangere veranlaßt, in der letzten Zeit vor der Entbindung noch für wenige Tage oder Wochen einen Unterschlupf in einer Krankenkasse sich zu verschaffen, um der Außenhilfe teilhaftig zu werden. Deshalb hält die RVO., sich an das bisherige Recht anlehnend, eine verständige Mittellinie inne: sie verlangt, daß die Wöchnerin im letzten Jahre vor der Niederkunft wenigstens sechs Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse gegen Krankheit versichert gewesen ist. Daß sie im Augenblick der Niederkunft noch versichert, also Klassenmitglied oder doch als Erwerbslose nach § 214 anspruchsberechtigt ist, wird als selbstverständlich betrachtet. Die sechs Monate umfassende Mitgliedschaft braucht nicht ununterbrochen bei einer oder mehreren Klassen bestanden zu haben; es genügt, wenn vom Entbindungstage zurückgerechnet das letzte Jahr (nicht Kalenderjahr) wenigstens 180 Tage der Mitgliedschaft herauskommen. Zugehörigkeit zu Orts-, Land-, Innungs-, Betriebs-, Berufs-, Berufs-, zu einer (vom 1. Januar 1914 bekanntlich verschwindenden) Gemeindekrankenversicherung oder zu einer (an die Stelle der bisherigen nach § 75 RVO. berechtigten eingeschriebenen Hilfskassen und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit tretenden) „Ersatzkassen“ genügt der gesetzlichen Voraussetzung, und die RVO. führt, indem sie alle diese Klassen und die Knappschaftskassen zu der Regelleistung zwingt, eine Art von Freizügigkeit für weibliche Versicherte ein: zu welcher Klasse sie sich auch wenden, überall wird ihnen die frühere Mitgliedschaft bei einer anderen der genannten Klassen gutgerechnet, und überall haben sie Anwartschaft auf das Wochengeld. Es ist ein wichtiger Fortschritt, daß künftig auch die Ersatzkassen diese Leistung gewähren müssen, zu der sie nach dem RVO. nicht verpflichtet waren, und daß mit dem Aufhören der unzulänglichen Gemeindekrankenversicherung die Krankenkassen durchweg die Wöchnerinnen-Unterstützung zu leisten haben.

Allerdings ist es in letzter Stunde den Segnern einer gleichmäßig weit gehenden Wochenhilfe gelungen, für Mitglieder der Landkrankenstellen, die nicht der Gewerbeordnung unterstehen (z. B. für landwirtschaftliche Arbeiterinnen, Dienstmädchen, Wasch- und Plättfrauen, Ausgeherinnen usw.), die Möglichkeit einer Beschränkung der Dauer des Wochengelddbezuges bis zur Hälfte (vier Wochen) durchzusetzen. Die Säzung der Landkrankenstellen kann (muß aber nicht) diese Verschlechterung vornehmen. Da jedoch in vielen Bezirken die Errichtung von Landkrankenstellen durch Landesgesetz, durch Beschluß der beteiligten Verbände oder durch das mangelnde Bedürfnis ausgeschlossen ist, so schrumpft das Anwendungsgebiet der Vorschrift zusammen; hoffentlich wird auch da, wo sie in Frage kommen könnte, vielfach auf ihre Einführung verzichtet, damit die Wöchnerinnenfürsorge nicht mit zweierlei Maß gewährt wird.

Dadurch, daß die RVO. allgemein die Dauer des Wochengelddbezuges bis zu acht Wochen ausdehnt, erstreckt sie die Leistung um zwei Wochen weiter als bisher; sie paßt sich dabei der für gewerbliche Großbetriebe geltenden Bestimmung in § 137 Absatz 6 RVO. an, nach der die Beschäftigten von Arbeiterinnen vor und nach ihrer Niederkunft innerhalb von acht Wochen unterjagt ist.

Die Höhe des Wochengelddes muß der gesetzlichen und durch die Säzung festgelegten Höhe des Krankengelddes entsprechen. Ist die Klasse zu einer Mehrleistung in Form erhöhten Krankengelddes (bis zu 1/6, 1/3, 1/2 des Grundlohnes, § 191) übergegangen, so muß das Wochengeld derselben Vergünstigung teilhaftig werden. Auch die Anordnung, daß das Krankengeld für Sonn- und Feiertage mitzuzahlen ist, kommt dem Wochengeld ebenfalls zugute. Versicherte, die berufsmäßig an Sonn- und Feiertagen arbeiten (Kellnerinnen, Dienstmädchen), haben ohnehin für diese Tage den Anspruch. Das Wochengeld setzt sofort mit dem Entbindungstage, ohne die beim Krankengeld wegen der Simulationsgefahr vorgesehenen Wartetage ein, kann aber auch für zwei vorausgehende Schwangerschaftswochen gewährt werden, die alsdann auf die Gesamtbauer von acht Wochen Bezugszeit anzurechnen sind. Bei diesen acht Wochen handelt es sich nicht um 56, sondern um 57 Kalendertage, die je nach der Mitgewährung für Sonn- und Feiertage sämtlich oder nach deren Abzug Bezugsstage sind. Tritt Tod im Wochenbett ein, so ist der innerhalb dieser Zeit liegende Todestag der letzte Bezugsstag. Erkrankt die Wöchnerin während des Wochengelddbezuges, so wird Krankengeld neben dem Wochengeld nicht gewährt (wohl aber nach Bedarf ärztliche Behandlung, Arznei usw.); erst nach dem Ende der Bezugszeit des Wochengelddes tritt das Krankengeld ein.

Das Wochengeld ist nicht in einer einheitlichen Summe, sondern nach § 210 mit Ablauf jeder Woche fällig und zahlbar.

Wir entnehmen diesen Auffass der Zeitschrift „Die Krankenversicherung“, Organ des auf nationaler Grundlage beruhenden „Gesamtverbandes deutscher Krankentassen“. Schriftleiter ist der Kollege Joh. Becker. Ein Abonnement auf die Zeitschrift ist unseren Mitgliedern, namentlich denjenigen, die im Versicherungswesen praktisch tätig sind, dringend zu empfehlen.

Das Abschlagen der Schußspulen.

I.

ch. Eine für den Weber unangenehme Erscheinung ist das Abschlagen von Webspulen, da daraus sehr leicht Webfehler, mindestens aber Zeitverluste resultieren. Es liegt daher in seinem Interesse, dieses Vorkommen zu vermeiden, soweit es eben möglich ist.

Vielfach liegt der Fehler schon in der Spinnerei; die Spulen wurden zu lose gespult, sodaß sie sich schon von vornherein weich und locker anföhlen. Inbesseren hat ein geschickter Weber es auch hier noch etwas in seiner Macht, das Abschlagen auf ein Mindestmaß zu beschränken, indem er beim Aufstecken derselben auf die Schützenrinne alle hier in Frage kommenden Momente und Vorteile beachtet.

Die Spulen sind in der Spinnerei auf konisch geformte Papierhülsen gewickelt. Ehe nun eine solche Spule aufgesteckt wird, muß vor allen Dingen darauf geachtet werden, daß das letzte Garn der Spulenspitze auch noch fest auf der Papierhülse liegt und nicht über dieselbe hinausgewickelt ist, da sonst beim Weben entweder der Schußfaden abreißt, was hauptsächlich bei weichen und dünneren Garnen vorkommen wird, oder aber, wenn es sich um festere Garne handelt, der ablaufende Schußfaden in das lose Garn einschneidet und die ganze Spule, manchmal bis zur Mitte der Spule, herunterreißt und damit für das weitere Verarbeiten unbrauchbar macht. Wenn auch die Spulmaschinen meist bei Vollendung der einzelnen Spule automatisch abgestellt werden, so muß man bedenken, daß die Papierhülsen nicht jedesmal neu genommen werden, also ihre bestimmte, für die Abstellvorrichtung angemessene Größe haben, sondern daß dieselben in den Webereien gesammelt und wieder zurück an die Spinnerei abgeliefert werden. Da dort nicht immer sehr sauber mit den Hülsen umgegangen wird, ist es nur natürlich, daß die Spitzen zerstoßen werden und dann in der Spinnerei vor dem Aufstecken entfernt werden müssen, wodurch diese dann kürzer wird.

Manchmal sind auch die unzumutbar großen Schützenrinne (Schütz) zu Webers, in denen verschiedene Materialien verarbeitet werden, also eine Gleichmäßigkeit betreffs der Spulenhülsen nicht herrscht, kommt es nicht selten vor, daß die Spulen auf der Seite, nach welcher die Spulenspitze gerichtet ist, ganz von der Spindel herunterfahren und dabei zerbrechen oder zerfahren. Hier hilft kein Bauen am Stuhl und keine Vorsicht beim Aufstecken der Spulen.

Die aus der Spinnerei fertig gelieferten Spulen sind, wie schon erwähnt, auf konisch geformte, feste Papierhülsen gewickelt, während die im Betriebe selbst hergestellten Spulen meist Hülsen aus Holz als Unterlage haben, bei denen das Loch erstens einmal viel kleiner ist und dann auch meist fast gleichmäßig durch die ganze Hülse verläuft. Es ist nun sehr leicht einzusehen, daß diese beiden Formen nicht auf die gleiche Schützenrinne aufgebracht werden können, weshalb auch in Betrieben, die für Stühle, welche nur Spinnereispulen verarbeiten, eine der konischen Form der Papierhülse angepaßte Spindel verwendet wird, auf welcher die Spule möglichst überall glatt anliegt. Um ein möglichst sicheres Festhalten zu erzielen, sind diese Spindeln meist noch mit spiralförmig verlaufenden Erhöhungen ausgestattet, welche sich beim Aufstecken der Spule etwas in die Papierhülse eindrücken und so ein Aufschieben der Spule verhindern. Diese Form der Spindel bedingt nun aber auch beim Aufstecken der Spule eine bestimmte Handhabung der Spule, da infolge der spiralförmig verlaufenden Ringwulst der Spindel nicht ein bloßes Aufstecken, sondern ein Aufdrehen, ein Aufschrauben der Spule nötig ist, wenn diese Spindelform ihren Zweck erfüllen soll. Durch dieses Aufschrauben der Spulen wird naturgemäß auch ein in der Richtung der Spirallinie der Spindel verlaufender Druck auf das gewickelte Garn ausgeübt, welcher lockernd auf das Gefüge der Spule wirken muß, wenn Spiralarbeitung der Spindel und Winkelrichtung der Spule nicht übereinstimmen, d. h. eine Richtung der einen entgegengesetzt verläuft. Je nachdem dann die Spule angefaßt wird, nur am oberen Teil, an der Spitze oder mit der vollen Hand, löst sich das Garn halb oder ganz von der Papierhülse ab und fahrt, wenn noch sonstige Umstände hinzutreten, beim Einlauf in den Schützenkasten herunter.

Bei auf Holzhülsen gewickelten Spulen ist schon an sich die Gefahr des Abschlagens nicht ganz so groß, weil der eigentliche Spulenschaft nicht konisch ist, sondern nur das letzte Stückchen am Fuß der Spule. Für diese Hülsen sind meist Schützenrinne im Gebrauch, welche aus einem Stahlstück, etwas dünner als die Hülsenöffnung, besteht, an welches eine etwas nach auswärts gewölbte Blattfeder angelötet oder geschweißt ist. Diese verhindert sowohl das Drehen der Spule auf der Schützenrinne, als auch, wenn die Abmessungen entsprechend sind, das Abrutschen der ganzen Spule samt Hülse. Ist die Öffnung der Hülse einmal zu groß, so kann man sich durch Zwischenstecken eines Papp- oder Lederstreifchens zwischen Spindel und Feder helfen.

Am meisten Schwierigkeiten bereitet das Abschlagen der Hartammgarn- oder Westspulen aus englischen Spinnereien, welche Papierhülsen mit fingerstarker Öffnung gleichmäßig durchlaufend haben. Diese Garne bieten an sich schon beim Abschlagen viele Widerstände, da sie infolge der lang herausragenden Einzelhaare gern hängen bleiben und abreißen, noch viel mehr aber, wenn die Spule nicht ganz genau zentrisch eingesteckt ist, sodaß der Faden beim Abläufen an der einen Seite des Handes am Vorderende der Papphülse sich mehr reibt als an der anderen. Diese Spulen laufen an sich schon schlecht ab, da die große Öffnung der Hülse gegenüber dem Auslaufloch des Schützens, wenn dieses nicht weit genug entfernt liegt, dem Schußfaden einen starken Widerstand bietet, um so mehr, als dieses Auslaufloch an der Seite des Schützens liegt, also niemals im Mittelpunkt der Hülsenöffnung gelegen sein kann. Nur in diesem Falle ist aber ein glattes Abläufen des Schußgarnfadens möglich.

Auch die Baumwollspulen, welche auf dünnwandigen Papierhülsen von den Spinnereien geliefert werden, sind manchmal schon von vornherein unbrauchbar, was der Weber indessen kaum ohne weiteres zu beurteilen fähig ist, da er nicht hineinschauen kann. Auch diese Hülsen werden von manchen Webereien wieder zurückgeliefert, und die Spinnereien fragen nicht viel danach, ob sie eingebrochene oder sonstwie beschädigte Hülsen aufstecken, denn an der fertigen Spule ist ihnen solche Unachtsamkeit nicht mehr nachzuweisen. Manchmal wird auch vom Weber infolgedessen gefordert, als in die Aufsteckrinne des Schützens, wie sie bei den Holzspulen besprochen war, zu starke Papp- oder Lederstreifen gesteckt werden, sodaß die Spule zu stark aufgedrückt werden muß, wobei die Papierhülse sowohl der Länge nach platzen, als auch quer durchbrechen kann, wodurch zwei noch lose zusammenhängende Teile der Spule entstehen. Es ist ohne weiteres einzusehen, daß diese beiden Teile dann bei der geringsten Veranlassung auseinanderfahren.

Allgemeine Rundschau.

Zur Belebung unseres Versammlungsbefehdes. Das bekannte Klagesied über das Darniederliegen des Versammlungswesens in vielen Zahlstellen und Kartellen behandelt in ihrer letzten Nummer die Zeitschrift für die Jugendarbeit in den christlichen Gewerkschaften. „Jeder weiß eben, wie sehr es da oft hapert und daß die Gründe mannigfaltiger Art sind. Den größten Klagen läßt sich allerdings meist auf ziemlich einfache Weise der Zügel anlegen, indem nämlich jedem einzelnen, der sie ausstößt, die Gewissensfrage vorgelegt wird, ob er selbst seine Pflicht voll und ganz in dieser Richtung tue. Diese Frage wird alsbald manchen verstummen lassen.“

Inbesseren gibt es doch auch sachliche Gründe für das Versagen des Versammlungsapparats, und diese werden bei der Untersuchung immer ins Auge zu behalten sein. Wenn wir vollends das Versammlungswesen für die Jugendlichen nicht wollen verfallen lassen, muß den sachlichen Gesichtspunkten in erster Linie das Augenmerk zugewendet werden, weil der Moment zum ersten Appell an das Verantwortlichkeitsgefühl bei der Jugend eigentlich wohl noch nicht gekommen ist. Und da finden wir denn, daß sich natürlicher Stoff zur Behandlung vor der Jugend aus dem Gewerkschaftsleben selbst zu wenig ergibt. Die Jugend kann nicht so ihre Gedanken auf das Gewerkschaftsproblem konzentrieren, wie der erwachsene Arbeiter, weil sie nicht so sehr ein unmittelbar fühlbares praktisches Interesse an der eigentlichen Gewerkschaftsarbeit hat. Lohnfragen, Tariffragen usw. nehmen sie nicht so gefangen. Darum kommt es bei der Jugendarbeit auf Vielgestaltigkeit des Versammlungswesens an, allerdings auf eine solche, der doch ein fester und in letzter Linie die Gewerkschaftsidee herüderstührender Plan zugrunde liegt. Unsere Ziele müssen immer wieder als eigentlicher Hintergrund bei der Programmabfassung zu erkennen sein.

Eine gute Unterstützung bei der Ausgestaltung des Versammlungswesens können auch die staatlichen Jugend-ausschüsse bieten, da ja die Einrichtung von Vortragsabenden in dem ministeriellen Erlaß über die Jugendpflege ausdrücklich vorgesehen ist und an „Lehrer, Verzte, Geistliche, Richter und Anwälte, Landwirte, Gewerbetreibende, Ingenieure, Offiziere“ die Aufforderung gerichtet wird, u. a. durch Halten von Vorträgen bei der Jugendpflege mitzuwirken. Man wende sich überall an die Ausschussleitungen, um ihnen die Bereitstellung von Vortragenden nahelegen und in Gemeinsamkeit mit solchen, die sich zur Erstattung von Vorträgen gewinnen lassen, Versammlungspläne aufzustellen. Der in Köln bestehende Jugend-ausschuß hat vor kurzem ein „Vortragsverzeichnis“ herausgegeben, das Vortragsstemen aus den verschiedensten Gebieten und die Namen der Vortragenden enthält, sodaß sich die angeschlossenen Vereinigungen, wozu auch die christlichen Gewerkschaften gehören, nur auf das Verzeichnis zu berufen brauchen, um die Durchführung ihrer etwaigen Wünsche anzubahnen. Zum eventuellen Gebrauch auch an anderen Orten seien einige Einzelheiten wiedergegeben.

Das Verzeichnis umfaßt u. a. folgende Hauptgebiete, die auch in gewerkschaftlichen Jugendversammlungen behandelt werden können: Naturwissenschaft; Erdkunde; Völkertunde; Geschichte, Kulturgeschichte, Lebensbeschreibungen; Staat und Gesellschaft, Volkswirtschaft; Technik.

Gewerbe, Handel, Verkehr; Sprache und Literatur; Literatur; Heimatkunde. Aus den uns näherliegenden Gebieten seien noch einige Vortragsstemen angegeben; Staat und Gesellschaft, Volkswirtschaft: Staatsbürgerliche Erziehung; Unsere Gerichtsverfassung (eventl. als Disziplinarabende gedacht); Bürgerkunde und gewerbliche Gesellschafter; Reichsverfassung und Reichstag; Eine Reichstagsführung; Wie die Leute reich werden (Erzählungen von Preußens, den Fuggern, den Rothschilds, Coenegie usw.); Aus dem Leben des Geldes (Entstehung, Wesen und Wert des Geldes in Erzählungen aus der Geschichte des Geldes unter Hinweis auf Münzen, Münzgewichte, Geldscheine usw., die sich in hiesigen Museen befinden); Die Konkurrenten des Geldes, Papiergeld, Wechsel, Check, ihre Entstehung und wirtschaftliche Bedeutung. Technik, Gewerbe, Handel, Verkehr: Aus dem Wanderleben fahrender Handwerker (in früherer und jetziger Zeit); Unser täglich Brot (die Entstehung des Brotes vom Saatkorn bis zum fertigen Brötchen); Experimentvortrag über autogene Schweißung; Ueber moderne Verkehrswege und Verkehrsmittel; Aus dem gewerblichen Leben (Geschichte, Entwicklung, Betrieb einzelner Gewerbe); Moderne Erfindungen im Auktium; Wie das Schiff entstand. Sprache und Literatur: Welche Fehler muß die Jugend beim Lesen vermeiden? usw.

In sehr vielen Fällen wird besonders dort, wo Jugendauschüsse nicht bestehen oder versagen, die sozial-fundamentale Bewegung einspringen können. Aber nochmals: Alles nach Plan und mit bestimmten, fest umrissenen Zielen. In einem Potpourri haben wir kein Interesse.

Der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands hat in den letzten Jahren durch zwei große Ausperrungen — eine am Niederrhein, eine in Westfalen — eine starke Belastungsprobe auszuhalten müssen. Er hat diese Probe aber gut bestanden; durch eine Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungswezens hat sich die finanzielle Entwicklung des Verbandes günstig gestaltet. Laut der Abrechnung für 1912 (Deutsche Tabakarbeiter-Zeitung Nr. 15, 1913) betragen die Einnahmen des Verbandes im Berichtsjahre 174 959 Mark, die Ausgaben 173 304 Mark. Von letzteren entfallen auf Streikunterstützung 82 869 Mark. Dieser hohe Betrag resultiert zum Teil aus der in diesem Jahre beendeten westfälischen Tabakarbeiter-Ausperrung, doch hat der Verband auch noch eine Anzahl sonstiger Bewegungen geführt, um die Lage der Tabakarbeiterchaft besser zu gestalten. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 9576 Mark, für Krankenunterstützung 14 867 Mark, für Wöchnerinnenunterstützung 1730 Mark, für Maßregelungsunterstützung 5843 Mark und für sonstige Unterstützungen 2365 Mark ausgeben. Aus dem Bericht geht hervor, daß der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands eine fest fundierte, leistungsfähige Organisation ist und allen Arbeitern und Arbeiterinnen im Tabakgewerbe als wirtschaftliche Interessenvertretung empfohlen werden kann.

Lehrverträge in der Textilindustrie. In zahlreichen Orten haben Arbeitgeber mit jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen bezw. deren gesetzlichen Vertretern Lehrverträge abgeschlossen. Auch in solchen Branchen, in denen bisher solche Verträge durchaus nicht üblich waren und ein sachlicher Grund für den Abschluß derselben auch gänzlich vorhanden ist.

Wir haben in der Textarbeiter-Zeitung wiederholt vor dem Abschluß solcher Lehrverträge dringend gewarnt. Dieser Tage sind uns wiederum solche zu Gesicht gekommen, die in manchen Punkten geradezu rigorose Bestimmungen enthalten. Wir werden diese Verträge in einer der nächsten Nummern dieser Zeitung eingehend besprechen und wollen uns für heute damit begnügen, kurz auf den großen Nachteil derselben für Lehrlinge und deren Eltern oder Vormünder hinzuweisen.

Bei solchen Lehrverträgen tritt der eigentliche Zweck eines Lehrverhältnisses, die Ausbildung des jugendlichen Arbeiters, ganz in den Hintergrund gegenüber der Absicht des Arbeitgebers, sich durch solche Verträge einen Stamm abhängiger, an den Betrieb gebundener Arbeiter heranzuziehen.

In einem Falle hat der Arbeitgeber es offen zugegeben, daß er durch die Lehrverträge erreichen wolle, bei Ausperrungen einen Stamm von Arbeitern zu haben, die er weiter beschäftigen könne und müsse. Aus dieser Begründung geht die Absicht der Arbeitgeber deutlich hervor. Solche Lehrverträge unterbinden dem Lehrling und in vielen Fällen auch seinen Eltern die Möglichkeit der Ausnutzung der persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte. Der Lehrling ist für die ganze Vertragsdauer an den Betrieb gebunden, er kann den Betrieb nicht verlassen, um anderwärts ein besseres Arbeitsverhältnis einzugehen oder um seine Kenntnisse zu erweitern. In der Bewegungsfreiheit und dem Rechte der Freizügigkeit ist er also außerordentlich beschränkt. Diese Beschränkung wird in zahlreichen Fällen auch auf die Eltern oder Vormünder des Kindes Anwendung finden. Den Verschlechterungen ihres Arbeitsverhältnisses gegenüber ist der Lehrling machtlos. Das Koalitionsrecht ist faktisch für ihn aufgehoben. Es sind Fälle vorgekommen, wo die Eltern wegen Lohnabzüge streikten und die Kinder gezwungen waren, Streikarbeit zu machen.

Kum sind diese Nachteile ja schließlich mit jedem Lehrvertrag, auch denen des Handwerks, verbunden und man könnte und müßte sie mit in den Kauf nehmen, wenn bei den hier gezeigten Lehrverträgen sie nicht den eigentlichen Zweck derselben seien. Die Beschränkung der Rechte des Lehrlings und seiner Vertreter, die Schaffung eines Stammes abhängiger Arbeiter, ist der eigentliche Grund für den Abschluß von solchen Lehrverträgen. Von einem Lehrverhältnis im Sinne der Gesetzgebung und der allgemein üblichen Auffassung kann in der Baumwoll- und in weiten Zweigen der Woll- und Seidenweberei gar keine Rede sein. Darum Eltern, unterschreibt unter keinen Umständen solche Lehrverträge!

Ein vernünftiger Antrag zur Wehrvorlage. In der Budgetkommission des Reichstages hat das Zentrum zur Wehrvorlage einen Antrag eingebracht, der u. a. fordert:

- a) den Reichskanzler zu ersuchen, daß bei allen Arbeiten und Lieferungen, welche infolge der neuen Militärvorlage notwendig werden, das ortsansässige Gewerbe in erster Linie berücksichtigt wird,
- b) den Reichskanzler zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, nach welchen nur solche Arbeitgeber den Zuschlag auf Lieferung von Staatsaufträgen erhalten, welche

- a) den Arbeitern das Koalitionsrecht unangestastet lassen,
- b) bei Einwendung von Offerten gleichzeitig ein Verzeichnis der bei ihnen gezahlten Löhne einreichen,

c) keine geringeren Löhne und keine schlechteren Arbeitsbedingungen als in gleichartigen Staatsbetrieben oder gleichen Privatunternehmungen zahlen, welche nicht für Meer und Marine arbeiten,

d) eine Schiedsinstanz zu schaffen, welche berechtigt und verpflichtet ist, bei entsprechenden Differenzen die Vermittlung zu übernehmen.

Wir halten diesen Antrag für sehr vernünftig. Seine Annahme ist ein Gebot der sozialen Pflicht und des sozialen Friedens. Der Staat darf keine Aufträge an Betriebe geben, die ihren Arbeitern die Ausübung der staatlichen Rechte verweigern oder mit allen schändlichen Mitteln unzulässig machen. Die Schaffung einer Schiedsinstanz, die bei Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern eingreifen kann, halten wir für sehr glücklich und für dringend notwendig im Interesse des sozialen Friedens und des Staates selbst. Wir weisen nur hin auf den verflochtenen Metallarbeiterstreik in Mendon. Die bestreikte Mendener Fabrik arbeitete in bedeutendem Umfange für staatliche Aufträge, und dennoch hat sich die Reichsregierung nicht gerührt, als die Arbeiter einen mehrwöchigen Kampf zu führen hatten für die Sicherung ihres Koalitionsrechtes und um einige kleine materielle Verbesserungen zu erzielen. Durch solche Streiks in Betrieben, die für die Bedürfnisse staatlicher Einrichtungen arbeiten, kann der Staat in die größte Verlegenheit kommen und in der Durchführung wichtiger und dringend notwendiger Pläne direkt behindert werden.

Daß bei der Erteilung von Aufträgen auch Rücksicht auf die Löhne genommen werden soll, halten wir namentlich im Interesse der Textarbeiter für gut. Infolge der Vermehrung der Zahl der Soldaten und der geplanten Neuniformierung fallen ja wieder große Aufträge an unsere Industrie. Es ist dringend zu wünschen, daß bei den Lieferungen diejenigen Betriebe von vorn herein auszuwählen, die ihren Arbeitern nicht einmal einen angemessenen Lohn bezahlen und deren Konkurrenz möglich ist auf Grund der schlechten Arbeitsbedingungen.

Hoffentlich nehmen Regierung und Parteien den Antrag einmütig an und wird immer danach gehandelt.

Wo sitzen die Streikbrecher? In Haus (Westfalen) stehen bei der Firma Düns die fast ausschließlich im christlichen Lederarbeiterverband organisierten Arbeiter im Streik. Ursache des Streiks sind die von den Arbeitern geforderten, von der Firma schon im Frühjahr 1911 teilweise zugesagten Lohnerhöhungen. Die Firma zeigte keinerlei Entgegenkommen. Nun sind bei der Firma auch etwa sechs Mitglieder des sozialdemokratischen Lederarbeiterverbandes beschäftigt. Ueber deren Benehmen lesen wir in der deutschen Lederarbeiter-Ztg., dem Organ des christlichen Verbandes folgendes:

„Eine äußerst beschämende und für den sozialdemokratischen Lederarbeiterverband tieftraurige Rolle, spielen die fünf bis sechs Leute, die diesem Verbande angehören und als Gerberarbeiter in der Juriderei beschäftigt sind. Obwohl sie rechtzeitig von unserem Bezirksleiter auf den Gang der Dinge aufmerksam gemacht und die unsern Verband angehörenden Kollegen der betreffenden Abteilung in Streik getreten sind, arbeiten die sozialdemokratisch organisierten Lederarbeiter ruhig weiter, spielen also die Arbeitswilligen und leisten so, ohne jeden Grund, den Fabrikanten

Worte der Arbeit.

(Von Thomas Carlyle.)

Arbeit ist die Mission des Menschen auf dieser Erde. Es kämpft sich ein Tag heraus, es wird ein Tag kommen, an dem der, welcher keine Arbeit hat, es nicht für geraten halten wird, sich in unserem Bereich des Sonnensystems zu zeigen, sondern sich anderwärts umsetzen mag, ob irgendwo ein saurer Planet sei.

Es liegt ein dauernder Adel und selbst etwas Heiliges in der Arbeit. Wäre der Mensch auch noch so wenig seines hohen Berufes eingedenk, so berechtigt er doch immer noch zu Hoffnungen, solange er wirklich und ernstlich arbeitet — nur im Müßiggange liegt ewige Verzweiflung.

Alle Menschenarbeit ist wie die des Schwimmers. Ein ungeheurer Ozean droht ihn zu verschlingen, und wenn er ihm nicht nützlich die Säen bietet, so wird derselbe sein Wort halten. Aber er bietet ihm unaußersprechlich und treue Trost, kämpft mütig dagegen, und jehet, wie gehörig das Meer ihn trägt und als seinen Sieger zum Ziele führt.

Ein harter Mensch wird immer Arbeit finden, das heißt Schwierigkeiten, Schmerzen nach dem vollen Maße seiner Stärke.

Ein begabter Mensch kann zu keiner Periode der Beliebigkeit geboren werden, wo er nicht genug zu tun fände; er kann unter keinen Umständen in das Leben eintreten, ohne daß es Widersprüche zu vertragen gäbe und ohne daß Schwierigkeiten vorhanden wären, zu deren Befreiung seine ganze Kraft erforderlich ist, wenn sie überhaupt hinreicht.

Arbeiten heißt: Sich gegen die Natur und ihre ewigen, untrüglichen Gesetze verwehren; diese werden in bezug auf den Menschen einen richtigen Spruch fällen. So viel Tugend und Fähigkeit haben wir in ihm, so viel und nicht mehr! So viel Fähigkeit besaß er, sich mit mir und meinen unabänderlichen, ewig wahren Gesetzen in Uebereinstimmung zu bringen, zu arbeiten und mitzuwirken, wie ich es ihm besah, — und es ist ihm gelungen, oder ist es ihm nicht gelungen, wie ihr sehet! —

Wir wissen, daß das besprochene Wort unabweislich ist; nicht weniger, sondern mehr ist das aber die geschehene Tat. „Die Götter selbst“, sagt Pindar, „können die vollbrachte Tat nicht vernichten“. Nein, das einmal Geschehene für ist immer geschehen, hineingeworfen in die endlose Zeit und muß gleichwohl, ob es lange sichtbar bleibt oder bald verborgen wird, ewig wirken.

Törichte Menschen glauben, daß, weil die Strafe für eine böse Tat nicht sogleich erfolgte, es hinieden keine Gerechtigkeit oder höchstens eine zufällige gebe. Die Strafe für eine böse Tat verzögert sich oft um ein paar Tage, oder auch um ein paar Jahrhunderte, aber sie ist so sicher als das Leben, so sicher als der Tod! In dem Mittelpunkt des Weltwirbelwindes wohnt und spricht ein Gott noch so wahrhaft, wie in den ältesten Zeiten. Die große Seele der Welt ist gerecht.

Eine Situation, die nicht ihre Pflicht, ihr Ideal hätte, — noch niemals von einem Menschen eingenommen worden. Ja, hier in diesem armen, elenden, verächtlichen Wickel, worin du eben jetzt bist, hier oder nirgendwo ist dein Ideal. Von hier aus erhebe es und indem du strebst, glaube, lebe und sei frei. Vor! Das Ideal liegt in dir selbst. Dein Zustand ist nur der Stoff, aus welchem du dieses Ideal formen sollst.

Zwei Menschen ehre ich und keinen dritten. Erstens den sich mühennden Arbeiter, der mit von der Erde geschaffenen Werkzeugen mühsam die Erde besiegt und sie zum Eigentum des Menschen macht. Ehrwürdig ist nur die harte, verkrümmte, ranke Hand, worin nichtsdestoweniger eine unaussprechlich königliche Majestät liegt, denn sie führt das Zepher dieser Planeten. Ehrwürdig ist auch das ranke, verwitterte, beschmuckte Antlitz mit seiner schlichten Intelligenz, denn es ist das Gesicht eines Menschen, welcher lebt, wie ein Mensch leben muß. Einen zweiten Mann ehre ich noch höher — den, welcher für das geistig unentbehrliche arbeitet, nicht für das tägliche Brot, sondern für das Brot des Lebens. Wenn der Arme und Bescheidene arbeitet, damit wir Nahrung haben, was dann mag der Hohe und Stolzbegehrte für ihn wieder arbeiten, damit er Licht, Leitung, Freiheit und Unsterblichkeit habe? — Diese zwei in allen ihren Graden ehre ich. Alles andere ist Staub und Spreu, die der Wind wehen kann, wohin er will. Unausprechlich

rührend jedoch ist es, wenn ich beide Würden vereiniget finde und wenn der, der äußerlich für die niedrigsten der menschlichen Bedürfnisse arbeiten muß, innerlich auch für die höchsten arbeitet.

Ist nicht die Arbeit das Erbteil des Menschen? Und welche Arbeit ist in der Gegenwart freudig und nicht schmerzhaft? Arbeit und Mühe ist die Unterbrechung jener Ruhe und Bequemlichkeit, welche der Mensch törichterweise als sein Glück betrachtet, und dennoch wäre ohne Arbeit keine Bequemlichkeit, keine Ruhe auch nur denkbar.

Das Leben war für die Menschen niemals ein Maitanz. Zu allen Zeiten war das Los der zu harter Arbeit geborenen stummen Millionen durch mannigfache Leiden, Ungerechtigkeiten, schwere Lasten, vermeidliche und un vermeidliche entstellte. Es war durchaus kein Spiel, sondern harte Arbeit, welche die Muskeln und das Herz wund machte.

Jeder kann und soll ein wahrhaftiger Mensch sein: das ist etwas Großes und der Vater großer Dinge. Jeder kann etwas tun. Möge er darin treu sein und den Ausgang beruhigten Herzens einer höheren Macht überlassen.

Auf jeden Fall, wer redlich wirken will, muß einen festen Glauben haben. Wer bei jedem Schritt nach der Welt Zustimmung fragt, wer der Welt Beifall nicht entbehren kann und demselben die eigne Ueberzeugung unterordnet, ist ein elender Augenbiener; was für Arbeit ihm auch anvertraut sein mag, sie wird mißraten. Jeder derartige Mensch trägt täglich zu dem unvermeidlichen Untergange bei. Jede Arbeit, die er in dieser unredlichen Weise, nur im Hinblick auf ihren äußeren Schein tut, ist ein neues Aergernis und erzeugt neues Elend.

Ein Mann, der gern arbeiten möchte und keine Arbeit finden kann, ist vielleicht der traurigste Anblick, den uns die Ungleichheit des Glückes unter der Sonne sehen läßt.

Wer arbeiten kann, ist ein geborener König, steht in Gemeinschaft mit der Natur, ist ein Herr der Dinge und in seinem Bereiche ein Priester und ein König der Natur. Wer nicht arbeiten kann macht sich die Königswürde nur an, in welchem Staatsgeschick er auch auftreten mag; er ist ein geborener Sklave aller Dinge.

Selbersterkennung. Diese Genossen müssen also in ihrem Verbande eine recht schlechte gewerkschaftliche Erziehung genossen haben, daß sie es über sich ergehen lassen können, den in jeder Beziehung um berechnigte Forderungen kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Mit der so bombastisch klingenden Sprache der roten Lederarbeiterzeitung über die bessere Interessenvertretung der Lederarbeiter in ihrer Organisation, steht dieses Verhalten der eigenen Verbandsangehörigen in schärfstem Gegensatz. Bislang haben wir mit der sozialdemokratischen Lederarbeiterorganisation bei Bewegungen, die ernstlicher Natur waren, noch verhältnismäßig wenig zu tun gehabt. Nunmehr aber dies einmal eintritt, da verfügen die Leute von der roten Fakultät aber auch vollständig und werden zu Unternehmertreibern, „zu Schülern des Kapitals“, um im sozialdemokratischen Sprachgebrauch zu reden.

Da die Genossen bei jeder Gelegenheit so gern die christlichen Gewerkschaften des Streikbruchs bezichtigen, wird es angebracht obiger Tatsache gut sein, sie wieder einmal an den Spruch zu erinnern: Es lehre ein jeder vor seiner Tür, es findet sich Rot genug dafür.

Gibt es einen gefunden Organisationszwang? Ein Teil der sozialdemokratischen Gewerkschaftspresse hat es unlängst sogar fertig gebracht, den Terrorismus als einen „soziologischen Fortschritt“ darzustellen. Anlaß dazu gaben einige namhafte Sozialpolitiker, wie Zimmermann, Kestner, Kehler, Einzelner u. a., die von einem „gefunden Organisationszwang“ redeten und schrieben. Darin sah die sozialdemokratische Presse eine Anerkennung des Terrors, den die Mitglieder der „freien“ Verbände anders Organisierten gegenüber anwenden. Daß Zimmermann und andere den sozialdemokratischen Terrorismus nicht verteidigen wollten, liegt klar auf der Hand, aber die sozialdemokratische Presse versteht es ausgezeichnet, aus einem X ein U zu machen und aus allen Blüten Honig zu saugen.

In einer bemerkenswerten Weise beantwortet die letzte Nummer des „Zentralblatts“ die Frage, ob es denn einen gefunden Organisationszwang überhaupt gebe. Man könne es begreiflich finden, wenn sich unter den organisierten Arbeitern eine Erregung darüber ansammle, daß die nicht organisierten Arbeiter aus vielerlei Opferreichen Bewegungen, zu deren Erfolg sie in keiner Weise beitragen, den gleichen Vorteil ziehen sollen, wie die organisierten Arbeiter, die dafür die größten Aufwendungen haben machen müssen. Und man könne es aus demselben Gesichtswinkel heraus weiter verstehen, daß sich die organisierten Arbeiter mit aller Gewalt dagegen sträuben, daß ihnen die Möglichkeit zur vollen Ausnutzung des Koalitionsrechtes irgendwie beschnitten werden soll. Unter gefunden Organisationszwang könne man darnach diejenige Tätigkeit begreifen, mittelst welcher der organisierte Arbeiter den nicht organisierten Arbeiter zu überreden suche, sich der Organisation anzuschließen, weil ihn das Ehrgefühl schon dazu verpflichte.

„Es kann sich also hier nur um einen gewissen moralischen Zwang handeln, der, wenn man nun einmal nach soziologischer Begründung sucht, damit begründet werden kann, daß es doch schließlich zum Besten des nicht organisierten Arbeiters sei, wenn man ihn auf den Weg bringt, auf dem allein erfahrungsgemäß eine Aufbesserung seines Loses zu erwarten sei. Ebenso kann man weiter sagen, daß es geradezu Pflicht der organisierten Arbeiter sei, ihre nicht organisierten Kollegen in jeder erlaubten Weise zu beeinflussen, auf daß sie ihrer Organisationspflicht nachkommen, damit nicht die Ertragsleistungen der Organisation zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft in Frage gestellt würden. Will man den Organisationszwang so auffassen, so haben wir nichts dagegen. Sobald aber die Ueberredung in Täuschlichkeiten ausartet, müssen wir das Vorgehen als unmoralisch bezeichnen. Als unmoralisch gilt aber auch jener der Druck, der auf den bereits organisierten Arbeiter ausgeübt wird, wenn er von seiner Organisation in eine gegnerische Richtung hineingetrieben werden soll. Sollte das Organisationsleben jemals in einen wirklich rücksichtslosen Zwang ausarten, der keinerlei vorhandene Ueberzeugung achtet, dann müßten wir derartiges auf das nachdrücklichste ablehnen.“

Zum Schluß wendet sich das „Zentralblatt“ noch gegen den von der sozialdemokratischen „Holzarbeiterzeitung“ gebrauchten Vergleich, daß der Staat doch durch die Zwangsinnungen die Berufsgenossen, ohne nach ihrer Ueberzeugung zu fragen, einfach zusammenschließt. Demgegenüber wirft das „Zentralblatt“ sehr zutreffend die Frage auf: Welches Bild bieten dann auch die Zwangsinnungen? Was kommt bei ihrer Tätigkeit heraus, wenn nicht Unlust, Krangel und Gezanke? Wenn der Fortschritt auf dieser Linie liegen soll, dann danken wir dafür.

Die parteipolitische „Neutralität“ der Hirsch-Dunderscher Gewerkschaften. Die Hirsch-Dunderscher Gewerkschaften gebärden sich immer als die „einzigen wirklich parteipolitisch neutralen Gewerkschaften“. Daß ihre „Neutralität“ eine sehr große Lüge ist, haben wir wiederholt nachweisen können. Einen weiteren Beleg aus der allerjüngsten Zeit.

Das Organ des Hirsch-Dunderschen Maschinenbau- und Metallarbeiterverbandes, „Der Regulator“, bringt in seiner Nr. 17 vom 25. April d. J. einen hochpolitischen Artikel zu den preussischen Landtagswahlen. Darin wird kräftig Stimmung für eine Aenderung des preussischen Wahlrechts gemacht. Um eine Neuordnung dieses Wahlrechts zu erreichen, müßten die Arbeiter bei den Wahlen ihren Mann stehen und innerhalb der politischen Parteien thätig mitarbeiten. Das ist alles recht schön und vernünftig und auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus unanfechtbar. Aber das Bildchen ändert sich bei der Frage des „Regulators“, in welchen Parteien der Arbeiter denn mitarbeiten müsse. Das müsse nach der Meinung des Blattes mit Rücksicht auf seinen „neu-

tralen“ Charakter den Arbeitern selbst zur Entscheidung überlassen bleiben, aber „einige Tatsachen zur Erleichterung der Wahl der Mitglieder des Gewerkschaftsvereins“ meint der „Regulator“ doch anführen zu müssen.

Einen Sozialdemokraten könne ein Gewerkschaftler nur dann wählen, „wenn er in anbeacht der Gegenkandidaten als das kleinere Uebel“ erscheine.

„Es ist aber... sehr wichtig, daß innerhalb der links stehenden bürgerlichen Parteien der Arbeiter einfluß größer wird, das kann aber nur durch die Mitarbeit der Arbeiter erreicht werden. Einest steht fest: eine gründliche Aenderung der Zusammensetzung des preussischen Landtages ist nur möglich, wenn Sozialdemokratie und bürgerliche Linke bei preussischen Landtagswahlen sich vorher gegenseitig verständigen. Da heißen weder radikale Phrasen seitens der Sozialdemokratie, noch ängstliche Zurückziehung seitens der bürgerlichen Linken. Die Arbeiter müssen es sich überlegen, wo sie politisch mitarbeiten wollen, aber irgendwo müssen sie mitarbeiten, wenn es vorwärts gehen soll.“

Das „irgendwo“ ist für den „Regulator“ also entweder die linksliberale Partei oder die Sozialdemokratie.

Für den Linksliberalismus und für ein linksliberal-sozialdemokratisches Wahlbündnis macht er in seinem Artikel kräftig Propaganda.

Wahrhaftig, die Hirsch-Dunderscher Gewerkschaften haben doch eine sehr sonderbare Auffassung von der parteipolitischen Neutralität.

Ein klägliches Fiasko. Es stellt sich immer klarer heraus, daß die Sozialistenführer in Belgien mit ihrem Generalfreit ein klägliches Fiasko erlebt haben. Ein Teil der bürgerlichen Presse redet nicht mit Unrecht von „dem jämmerlichen Ende eines Riesenbluffs“. Auch nicht den geringsten Erfolg haben die Arbeiter mit dem Generalfreit erzielt. Die sozialdemokratische Presse redet allerdings von einem „großen Erfolge“, von einem „Sieg des Generalfreitgedankens“. So werden die Arbeiter über den Köffel barbiert. Tatsächlich bedeutet der Ausgang des „Riesenbluffs“ in Belgien einen „Sieg“ des Generalfreitgedankens im Sinne des verstorbenen Sozialistenführers Auer, der auf einem Parteitage die Worte aussprach: Generalfreit ist Generalfreier. Zu nichts hat das tolle Unternehmen geführt als zu einer ungeheuren Schädigung der Arbeiter.

Die Sozialistenführer wollten mit dem Generalfreit die Einführung des gleichen allgemeinen Wahlrechts für alle 25 Jahre alten Belgier erzwingen. Diesem Ziele sind sie durch den Generalfreit um keinen Fingerbreit näher gekommen. Die Regierung hat allerdings zugegeben, daß sich eine Kommission mit dem Kammerwahlrecht befassen könne. Sie habe grundsätzlich nichts gegen eine Neuordnung des Wahlrechts einzuwenden, wenn der jetzt vorhandene Wahlträger das verlange und eine gute Neuordnung finde. Die Kammer nahm diese Erklärung zur Kenntnis und ging zur Tagesordnung über. Diese leere Versprechung war für die Genossen Grund genug, den Generalfreit abzubrechen. Jetzt reden und schreiben sie von einem großen Erfolg, an den sie allerdings selbst nicht glauben und womit sie auch wohl nur einen geringen Teil der Arbeiter über das klägliche Fiasko des Generalfreits hinwegzutäuschen vermögen. Denn dieselben Erklärungen hat der Minister früher bereits einige Male abgegeben. Da mal's gingen sie den Genossen nicht weit genug; sie wollten unter dem Druck des Generalfreits mehr erreichen; jetzt aber sind dieselben inhaltslosen Versprechungen Grund genug, den Generalfreit abzubrechen.

„Die sozialdemokratischen Führer wissen wie alle Welt“, heißt es in einer Zuschrift der Kölnischen Volkszeitung aus Brüssel, „daß die vorgenannte Tagesordnung sie keinen Schritt näher zum Ziele des allgemeinen gleichen Wahlrechts bringt; aber da sie fürchten müssen, daß der Streik, der bisher ohne schwere Störungen der öffentlichen Ordnung verlaufen ist, ihnen über den Kopf wachsen werde, so klammern sie sich an die selbstverständliche Annahme des Ministers an, daß in den Erörterungen über das Mehrstimmenrecht in Gemeinde und Provinz auch der gleiche Punkt im Landtagswahlrecht gestreift werden könne, und sie machen ihrer Herde vor: Das Suffrage universel ist auf dem Marsch! Und dabei sind nicht einmal die Beratungsergebnisse der Kommission zu dem Gemeinde- und Provinzwahlrecht für die Regierung und die Kammer verbindlich!“

Das ist das jämmerliche Ende eines Riesenbluffs.

Evangelische Arbeitervereine gegen die gelbe Werkereibewegung. Die gelben Werkereibewegung haben sich in letzter Zeit große Mühe gegeben, in ein freundschaftlicheres Verhältnis zu den konfessionellen Arbeitervereinen zu kommen, um damit erstens einen besseren Resonanzboden für ihre Bewegung zu gewinnen und zweitens einen Keil in die christlich-nationale Arbeiterbewegung hinein zu treiben. Bei den katholischen Arbeitervereinen ist dieses Bemühen vollständig vergebens gewesen, desgleichen auch — von einigen belanglosen örtlichen Ausnahmen abgesehen — bei den evangelischen Arbeitervereinen. In ihrer Gesamtheit lehnen die evangelischen Arbeitervereine die Ideen der gelben Bewegung grundsätzlich ab. Der Evangelische Arbeiterbote, das Organ des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine, nimmt in seiner Nr. 14, 1913 zu der gelben Bewegung in einem längeren Artikel Stellung und kommt zu einer unzweideutigen Abgabe.

„Die geschlossene sozialdemokratische Bewegung“, so heißt es am Schluß dieses Artikels, „ist nur durch eine ebenso geschlossene christlich-nationale Arbeiterbewegung zu überwinden. Alle Sonderbündeleiten kommen nur der Sozialdemokratie zugute. Ehe es Werkereibewegung gab, waren schon Hunderttausende in den evangelischen und katholischen Arbeitervereinen und in den christlichen Gewerkschaften organisiert und haben dort ihre nationale Gesinnung und

ihre Reichstreue bewiesen. Die sogenannte wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung war und ist daher völlig überflüssig. Die Werkereibewegung ist ein zerfallendes Element in der deutschen Arbeiterbewegung, mit der wir keine Gemeinsamkeit haben wollen und die wir um unseres Gewissens willen ablehnen müssen, weil sie in sittlich-religiöser, in sozialer und nationaler Beziehung eine Gefahr für unser Volk bildet.“

An anderer Stelle des Artikels wird ausdrücklich gesagt, daß alle Bemühungen, die evangelischen Arbeitervereine zu Freunden der gelben Bewegung zu machen, vergeblich sein würden. „Wir werden auch in Zukunft keine Gelegenheit verjäumen, unsere Waffenbrüderschaft mit den von den Wirtschaftsfriedlichen so sehr geschmähten christlichen Gewerkschaften zu betonen und unseren Mitgliedern zu empfehlen, ihre wirtschaftliche Interessenvertretung in den christlichen Gewerkschaften zu suchen.“

Eine internationale Uebersicht über die Frauenerwerbsarbeit. Es ist sehr schwer, eine einigermaßen zuverlässige Statistik über die Frauenerwerbsarbeit in den verschiedensten Ländern zu bekommen. In manchen Ländern ist die Statistik noch ganz unausgebaut. Dann ist auch die Erhebungsmethode eine ganz verschiedene. Also ein absolut zuverlässiges Bild über den Stand der Frauenerwerbsarbeit können uns die unten wiedergegebenen Zahlen nicht bieten und ihre Vergleichbarkeit ist nur in beschränktem Maße möglich. Immerhin geben sie uns eine Handhabe zur Beurteilung der Frauenerwerbsarbeit in den einzelnen Ländern:

	Bählungs-jahr	Erwerbstätige überhaupt in Prozenten	Frauen in Prozenten
Deutschland	1907	9 492 881	45,5
Oesterreich	1900	5 684 984	51,5
Ungarn	1900	2 885 235	45,1
Rußland	1897	5 276 112	24,9
Italien	1901	5 284 064	50,1
Schweiz	1900	1 556 577	46,9
Frankreich	1906	4 693 412	53,3
Spanien	1900	1 351 792	39,9
Belgien	1900	948 229	45,9
Niederlande	1900	433 546	37,8
Dänemark	1901	352 947	44,9
Schweden	1900	551 021	38,4
Norwegen	1900	277 613	39,5
Großbritannien	1901	5 309 900	44,9
Ver. Staaten von Amerika	1900	5 329 802	38,4

Nach dieser Zahlenübersicht ist die Frauenerwerbsarbeit in allen Ländern weit verbreitet. An erster Stelle steht das als Kulturland so viel gepriesene Frankreich. Von wirklichen gesunden Kulturverhältnissen legt die außerordentlich große Verbreitung der Frauenerwerbsarbeit in Frankreich kein Zeugnis ab. Zum großen Teile ist diese hohe Zahl der erwerbstätigen Frauen auf die Eigenart der französischen Industrie- und Gewerbeverhältnisse zurückzuführen. Mit einer niedrigeren Ziffer steht Rußland da. Es hat noch keine hochentwickelte Industrie. Es ist zum großen Teile „Bauernland“. Daraus zu schließen, daß es nun dort die Frau besser hätte als beispielsweise in Deutschland, wo 45,5 Prozent der Erwerbsarbeit nachgehen müssen, wäre ein Trugschluß. Auch in den Ländern mit geringer Frauenerwerbsarbeit können die Frauen ein Jammer- und Hundeleben fristen müssen. Es kommt immer auf die allgemeinen Kulturverhältnisse an.

Aus unserer Industrie.

Wichtige Erfindung für die Textilindustrie.

Eine Erfindung von wirtschaftlich sehr großer und weittragender Bedeutung hat, nach dem „Forster Tageblatt“, der Werkmeister Max Wenzel, Spremberg (Lausitz) gemacht.

Ihm ist es gelungen, was vordem das vergebliche Ziel vieler Erfinderkreise war, eine neue Fadenverbindung herzustellen zum Zwecke der Verbindung einer alten und einer neuen Faser. Diese Fadenverbindung stellt eine sogenannte Ausgleichsverbindung zwischen den verschiedenartigsten Garnen und Garnstärken her, sie verbindet einen starken und einen feinen Faden genau so fein und sicher ohne hervorstechende Enden als wie zwei feine oder zwei starke Fäden, ohne die Fäden zu brechen (beim Knoten), oder zu drehen (beim bekannten Andrehen), wodurch die Fadenmaterialien sehr geschont werden.

Dieses „neue Verfahren und Vorrichtung zum Verbinden der Fadenenden bei Webketten“ ist dem Erfinder bereits durch D. R. Patent Nr. 257 403 geschützt, sowie durch mehrere Auslandspatente und kennzeichnet sich dadurch, daß zwei Fäden neben einandergelegt und in dieser Lage umspunnen werden. Die Verbindungsstelle ist so fein, daß sie kaum sichtbar ist. Der Wert dieser Verbindung dürfte wohl jedem Fachmann klar sein, denn dadurch wird es erstmalig möglich gemacht, in der Baumwoll- und Wollweberei, welche bisher so stiefmütterlich von der vorwärtsschreitenden Technik behandelt worden ist, die Handknüpferei und Dreherei durch die Maschine zu ersetzen, was einem sich immer mehr und mehr fühlbaren Bedürfnisse Rechnung trägt. Die Maschine arbeitet dank ihrer vortrefflichen Kontroll- und Musterborrichtung, welche auch Gegenstand eines Patentes sind, vollständig fehlerfrei; feht z. B. ein, zwei oder mehrere Fäden im Kreuz-Geflechte, so rückt die Maschine selbstständig aus.

Es gibt auch bekanntlich Waren, bei welchen sich kein reines Kreuz-Geflechte ohne Doppelfäden herstellen läßt, z. B. bei ungerader Schäftezahl oder auch bei manchen contre-Einzügen, auch hier arbeitet die Maschine vermittelst einer D. R. P. fehlerfrei. Die Maschine teilt automatisch die Fäden aus dem Kreuz-

Gelese, vermittelt einer Vorrichtung D. R. P. A. mit einer normalen Leistung von 200 bis 250 Fäden in der Minute ab, was einer Stundenleistung von 12000 bis 15000 Fäden entspricht. Eine Abnehmer- und Ausstreicher-Vorrichtung führen die Fäden der Maschine zu, welche sie durch Umspinnung fest verbindet. Die Maschine selbst ist in ihrer Leistung ohne Grenze, sie verbindet sämtliche ihr von der Fadenabteilung zugeführte Fäden ohne Schwierigkeit oder ohne sich zu überarbeiten. Um nun eine fast unbegrenzte Leistung der Maschine zu erreichen und doch die Fäden vor einer Beschädigung zu behüten und auch das schlechteste Material bei gleich hoher Leistung zu verarbeiten, hat sich der Erfinder bemüht, seine Maschine dementsprechend der Praxis anzupassen, was ihm auch in glänzendster Weise gelungen ist. Er hat es verstanden, als erster von den auf diesem Gebiete beschäftigten Konstrukteuren und Erfindern, eine Maschine zu erfinden und zu konstruieren, welche bei einer Arbeitstour mehrere Fäden verbindet, für die Praxis ist eine Maschine berechnet, welche gleichzeitig sechs Fäden verbindet.

Dieser ungeheure Vorteil und Fortschritt läßt sich erst verstehen, wenn man z. B. eine stündliche Leistung von 12000 Fäden annimmt. Um nun diese Leistung zu erreichen, müßten die bekannten Maschinen pro Minute 200 Touren machen, während jetzt nur 33 bis 34 Touren minutlich zur Verbindung der 12000 Fäden gebraucht werden. Daß bei dieser niedrigen Tourenzahl auch das schlechteste Material verarbeitet werden kann, ist vollständig klar, und dürfte der Erfinder dadurch sämtliche Konkurrenzen bedeutend überlegen sein. Um nun die Maschine zu einer „Universal-Maschine“ und unentbehrlich für die Fabrikation zu gestalten, verteilt der Erfinder die Verbindungen, welche sich durchziehen lassen, derart, daß die sechs Fäden, welche gleichzeitig verbunden werden, eine schräge Linie einnehmen, sodaß bei einer Einstellung von z. B. 6000 Fäden nur 1000 Fäden in einer Linie liegen und sämtliche Verbindungen sich durch Geschirr und Blatt hindurchziehen lassen. Dadurch wird bei den im Stuhle verbundenen Ketten nicht die Verbindungsstelle durchzogen, sondern gleich durchgewebt, sodaß der bisherige Abfall gen. Drum in Wegfall kommt; außerdem wird dadurch bei jeder Kette 50 bis 75 Zentimeter Stoff mehr erzeugt, was sich am Jahreschlusse besonders bei den besseren Qualitäten sehr bemerkbar machen dürfte, und schon allein ausreicht, um die Maschine rentabel zu gestalten, ohne die wegfallenden Andrehkosten und die bedeutende Zeiterparnis, denn wo ein Andreher jetzt zwei bis drei Stunden braucht, macht die Maschine nur zirka 15 Minuten. Auch dürfte sich die Maschine in der Mustererei bald unentbehrlich machen, denn erstens geht die Mustererei viel schneller und braucht bedeutend weniger Stühle da zu sein, und zweitens können die Muster alle zu einem Stück gewebt werden, was besonders in der Appretur wertvoll, zeitsparend und sauberer ist.

Die Produktion der Krefelder Seidenindustrie im Jahre 1912.

Die von der Handelskammer zu Krefeld herausgegebene Statistik über die Produktion der im Kammerbezirk anfalligen Seidenindustrie stützt sich auf die Eingaben der einzelnen beteiligten Firmen und kann infolgedessen Anspruch auf Zuverlässigkeit erheben. Die Statistik schließt zwar nicht diejenigen Etablissements in sich, die für auswärtige Rechnung in Krefeld arbeiten, wohl aber ist die Produktion der auswärtigen unselbständigen Filialen von Krefelder Firmen in der Aufstellung inbegriffen. Die Krefelder Ziffern umfassen endlich nur einen Teil, freilich den führenden und größten, des niederrheinischen Industriegebiets, und es ist bei der Beurteilung der Zahlen und Ergebnisse ferner darauf Rücksicht zu nehmen, daß die bedeutenden Webereizentren in Elberfeld, Darmen, Langenberg, Gießen, Süddeutschland und anderwärts, die zusammen eine der Krefelder wahrscheinlich ebenbürtige Produktion aufweisen, in der Statistik nicht einbezogen sind.

Der Gesamtumsatz der Krefelder Seidenindustrie (Stoff, Samt und Band) wird mit 93 Mill. M. ausgewiesen, gegen 91,8 Mill. M. im Jahre 1911, und die Handelskammer stellt fest, daß der Betrag des letzten Jahres nur einmal, im Jahre 1890, annähernd erzielt worden ist. Die Steigerung ist im übrigen ausschließlich auf die erhöhte Produktion von Stoffen zurückzuführen, während der Umsatz in Samt erheblich zurückgegangen ist.

Für die Seidenstoffweberei allein kam a 70 Fabriken in Frage sowie sechs Webereien, die Stoff und Samt herstellen. Der Gesamtwert der verkauften Fabrikate (Stoff und Stoffband) erreicht die Summe von 63 Mill. M., gegen 59,5 Mill. M. im Jahre 1911 und 61,2 Mill. M. im Jahre 1910. Die Zunahme dem Jahre 1911 gegenüber beträgt 3 1/2 Mill. M. oder fast 6 Proz. Dieses günstige Verhältnis darf wohl nicht auf die Erzeugung der gesamten deutschen Seidenstoffweberei übertragen werden, da die übrigen Seidenzentren, so insbesondere Süddeutschland, zum Teil empfindlich unter der Ungunst der Mode gelitten haben und keine so vielfältige und präzi mit dem Auslande arbeitende Industrie aufweisen wie Krefeld.

Für die Beurteilung des Geschäftsganges kommt, neben der Höhe des Umsatzes, auch die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Stühle in Frage, und es läßt sich auch in dieser Beziehung dem Vorjahr gegenüber eine Besserung feststellen. Die Statistik gibt darüber folgende Auskunft:

Jahr	Zahl der Stoffstühle	davon durchschnittlich in Betrieb	in Proz.
1908	8233	7241	88,3
1909	9235	7761	84,3
1910	9361	8176	87,0
1911	9481	7984	84,0
1912	9549	8117	85,4

Neben den mechanischen Stoffstühlen werden noch 1765 Handstühle (1911 1998) sowie 463 Fabrikstühle und 363 Hausstühle für feinstantiges Stoffband aufgeführt. Sieht man von den Handstühlen ab, die ohnedies nur einen Teil des Jahres hindurch beschäftigt sind, so hat ein mechanischer Stuhl im Jahre 1912 Seidengeteide (und Seidenband) für etwa 7330 M. erzeugt, gegen etwa 7450 M. in den Jahren 1911 und 1910. Da in Krefeld in der Hauptsache Halbseidenwaren hergestellt werden, so erscheint dieser Betrag sehr hoch; doch spielen die verhältnismäßig teuren Krawattenstoffe eine bedeutende Rolle, und der fortschreitende Ersatz der schmalen Stühle durch breite Maschinen führt naturgemäß zu einer Steigerung der auf den einzelnen Stuhl entfallenden Umsatzziffer. Wie sehr im übrigen die Krefelder Industrie, im ausgesprochenen Gegensatz zu dem süddeutschen Zweig der deutschen Seidenweberei, halbfeldene Artikel fabriziert, geht auch aus dem großen Baumwollverbrauch von 863000 kg hervor, dem ein Rohseidenverbrauch von nur 538600 kg (Vorjahr 509200 kg) gegenübersteht. Da der gesamte Rohseidenverbrauch Deutschlands (Einfuhr weniger Ausfuhr) sich im Jahre 1912 auf 3,543 Mill. kg belief, so verarbeitet die Krefelder Industrie ungefähr ein Sechstel dieser Menge. Neben Baumwolle und Seide kommen als Rohmaterial noch in Frage Schappe mit 57200 (Vorjahr 64000 kg), Wolle mit 12500 kg (Vorjahr 10300 kg) und endlich Kunstseide mit nicht weniger als 260000 kg, gegen 164500 kg im Jahre 1911, 30200 kg im Jahre 1910 und 7700 kg im Jahre 1909. Der geringere Schappeverbrauch erklärt sich vornehmlich durch Minderverbrauch in der Bandweberei. Die künstliche Seide hat sich in der Krefelder Industrie in wenigen Jahren einen Platz erobert, den sie in der Seidenindustrie der anderen Länder bei weitem nicht einnimmt; sie hat namentlich in der Fabrikation der Krawattenstoffe Eingang gefunden, wird aber auch in ansehnlichem Maße für Hutputz- und Besatzstoffe verwendet.

Aus der Tuchindustrie.

Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß die Wollpreise in den letzten zwei Jahren nur Preisveränderungen zugunsten der Verkäufer zeigen. In Fachkreisen wird die Ursache des hohen Wertstandes der Wolle vielfach darauf zurückgeführt, daß ein Teil der vorhandenen Mengen zurückgehalten wird, eine Maßnahme, die in früheren Jahren schon Anwendung gefunden hat. Es ist aber eher anzunehmen, daß die Wertsteigerung hauptsächlich dadurch verursacht ist, daß die Wollherzeugung Australiens und Südamerikas mit dem Verbrauch nicht gleichen Schritt hält. Von der am 22. April d. J. eröffneten Londoner Kolonialwollversteigerung wurden gegen die letzte Versteigerung bei zahlreichem Käuferzuspruch und sehr lebhaftem Wettbewerb für Merinos und feine Kreuzzuchten äußerst feste Preise, für mittlere und grobe Kreuzzuchten unveränderte Preise gemeldet; später haben die feinen und mittleren Kreuzzuchten auf das Verjagen Amerikas hin bis zu 5% im Preise verloren. Die Auswahl in Merinowollen im Schweiz entsprach später den Wünschen der Käufer nicht, zumal angehts der dafür geforderten Preise. Von den verfügbaren 187000 B. werden 28000 B. nach Beschluß der Einfuhrfirmen nicht angeboten werden. Die Preise des Kammszugs auf dem Zeitmarkt haben sich im Monat April auf der Höhe der letzten Monate gehalten. Es scheint, daß mit wesentlichen Preisänderungen der Wolle in der nächsten Zeit nicht zu rechnen ist.

Die Beschäftigung der Kammgarnspinner ist augenblicklich nicht rege, da aber die Tuchfabrikanten schon seit etwa zwei Jahren keine Meinungskäufe vorgenommen haben, sind bei dem laufenden Verbrauch und mit Rücksicht darauf, daß die Tuchfabrikanten vor Ausgabe der neuen Sommermusterungen, die im Juni zur Vorlage kommen, sich für einen Teil ihres voraussichtlichen Bedarfs decken, um eine Grundlage für die Preisberechnung ihrer Waren zu haben, bald Käufe in umfangreicher Weise und dadurch bessere Beschäftigung zu erwarten. Ein Preisrückgang der Kammgarnspinnstoffe steht für die nächste Zeit nicht in Aussicht. Die Streichgarnspinner sind anhaltend gut beschäftigt. Die große Verwendung von Streichgarnen, namentlich von den billigen Sorten mit Kunstwoll-Beimischung, findet durch den hohen Preisstand von Kammgarnen seine Erklärung. Wenn die bis jetzt vorliegenden Neumusterungen für die nächste Sommerzeit schon ein Urteil zulassen, dürfte eine wesentliche Geschmacksänderung gegen den letzten Sommer weder in den Farben noch den Musterungen Platz greifen. Die Streifenmode scheint sich auch für kommende Saison noch zu behaupten, außerdem werden kleine Karos gemustert; neben grauen Farben, die immer noch in der Gunst der Verbraucher stehen, kommen auch braune Töne in der Mustererei zur Verwendung.

Die Beschäftigung in den Tuchfabriken ist für die nächsten Monate ausreichend, der Eingang von Bestellungen für Lieferung im Juni und Juli ist befriedigend.

Starke Textileinfuhr aus Oesterreich.

Sie bereits mehrfach mitgeteilt wurde, befindet sich zurzeit die Textilindustrie Oesterreichs in einer sehr ungünstigen Lage, die im wesentlichen auf die politische Benachteiligung mit ihren lähmenden Auswirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben der Donaumonarchie zurückzuführen ist. Der Absatz im Innern Oesterreichs stockt vollkommen, eine Erziehung, die nicht nur in der Textilindustrie, sondern auch in anderen Gewerbezweigen, zum Beispiel in der Maschinenindustrie, zu konstatieren ist. Infolge des schleppenden Jahresablaufes ist die oesterreichische Industrie gezwungen, einen Teil ihrer Produktion an das Ausland abzugeben, trotz dem die Preise, die im Ausland zu erzielen sind, häufig

kaum die Selbstkosten decken. Namentlich die österreichischen Spinnerereien senden zurzeit außerordentlich große Mengen Garne nach Deutschland, und sie machen dadurch der deutschen Textilindustrie im eigenen Lande eine starke Konkurrenz. So sind allein seit Januar dieses Jahres nicht weniger als 23608 D.-Ztr. Baumwollgarn aus Oesterreich nach Deutschland eingeführt worden, während in der gleichen Vorjahrszeit das Quantum nur 1051 D.-Ztr. betrug. Auch indirekt macht sich die ungünstige Verfassung der österreichischen Industrie zum Nachteil Deutschlands bemerkbar, denn die österreichischen Textilprodukte konkurrieren auch in anderen Ländern, nach denen Deutschland sonst auszuführen pflegt, in erheblichem Umfange. Damit hängt es auch zusammen, daß einige Länder, die sonst in größerem Maßstabe von Deutschland beziehen, jetzt eine geringere Einfuhr deutscher Garne aufweisen als sonst. Andererseits zeigt auch die Ausfuhr deutscher Textilzeugnisse nach Oesterreich einen Rückgang. Seit Beginn des Jahres sind nur 2751 D.-Ztr. Baumwollgarne nach Oesterreich versandt worden, gegen 3587 D.-Ztr. in der gleichen Vorjahrszeit.

Besonders stark macht sich der Rückgang in der deutschen Ausfuhr bei Fertigfabrikaten der Textilindustrie bemerkbar: der Export von Strümpfen ging seit Beginn des Jahres nach Oesterreich-Ungarn von 656 auf 380 D.-Ztr. zurück. Der Export von Nehen sank von 108 auf 55 D.-Ztr., der von Stickereien von 121 auf 73 D.-Ztr. Auch bei fertigen Kleidern ist ein ganz erheblicher Ausfall zu konstatieren. Der Export seidener Frauenkleider seit Januar betrug nach Oesterreich-Ungarn nur 0,53 D.-Ztr., während er sich in der gleichen Vorjahrszeit auf 6,60 D.-Ztr. beziffert hatte. Der Export von Hemden sank von 23 auf 6 D.-Ztr.

In der Hutindustrie macht uns Oesterreich-Ungarn ebenfalls Konkurrenz. Der Import von österreichischen Filzhüten stieg von 70640 auf 154886 D.-Ztr. Der Import von Frauenhüten aus Oesterreich erhöhte sich von 3244 auf 9342 D.-Ztr. Man sieht also, der österreichisch-ungarische Wettbewerb macht sich auf dem deutschen Markte in ganz erheblichem Umfange fühlbar.

Aus dem Verbandsgebiete.

Aus unseren Bezirken.

Eine imposante Kundgebung der christlich-nationalen Arbeitererschaft des Münsterlandes.

Der 27. April kann als ein besonderer Merktag in der Geschichte der christlich-nationalen Arbeiterbewegung im nordwestlichen Münsterlande bezeichnet werden, denn da kamen zum ersten Male die Vertreter Zehntausender christlich-nationaler Arbeiter zusammen, um sich gemeinsam über organisatorische und die brennenden Tagesfragen des Arbeiterstandes auszusprechen und sie zu beraten, und um zu zeigen, welchen Aufschwung die christliche Arbeiterbewegung seit ihrem Bestehen genommen hat. In dieser Hinsicht sind einige Zahlen von Interesse: Es bestehen in dem in Betracht kommenden Teile des Münsterlandes 39 kath. Arbeitervereine mit 12605 Mitgliedern, 4 kath. Arbeiterinnenvereine mit 1015, 136 kath. Jugendvereine mit 27053, 4 evang. Arbeitervereine mit 1015, 4 evang. Arbeiterinnenvereine mit 230 Mitgliedern. Dazu kämen noch 24 kath. Gesellenvereine mit 2448 Mitgliedern, wenn man sie zur Arbeiterbewegung zählen will, wie das auf dem Arbeitertag geschah. Die Gewerkschaftsbewegung umfaßt 15 Berufsverbände, mit 108 Ortsgruppen und 12282 Mitgliedern, sodaß die gesamte Arbeiterbewegung — konfessionelle Vereine und Gewerkschaften — mit 56648 Mitgliedern rechnen kann.

Eine Delegiertenkonferenz.

Die Delegierten dieser Arbeitermassen traten vor mittags im Gesellenhause zusammen; insgesamt waren etwa 400 Vertreter erschienen, vor denen Gewerkschaftssekretär Kollege Camps zunächst einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Bewegung gab und dann Generalsekretär Stegerwald-Röln sich näher darüber verbreitete, wie ein erfolgreiches Arbeiten zwischen den einzelnen Korporationen zu erzielen sei. Diese beiden Referate hatten eine rege Diskussion im Gefolge, in der die Vertreter der einzelnen Gewerkschaften und konfessionellen Vereine über die bisherige Tätigkeit, über die Schwierigkeiten, die sich namentlich der Anerkennung der Arbeiterorganisation entgegenstellten haben und noch entgegenstellen, usw. berichteten. Es wurden wertvolle Fingerzeige gegeben, wie man das Ansehen und die Bedeutung, das Ziel und den Zweck der Arbeiterbewegung fördern und im richtigen Maße zeigen könne. Die Delegiertenversammlung erreichte ihr Ende mit folgender einstimmig angenommenen

Resolution:

„Die heutige Konferenz des christlich-nationalen Arbeitertages, in welcher rund 400 Delegierte von 56600 christlich-nationalen Arbeitern des Münsterlandes vertreten sind, ist sich einig in dem Bestreben, auch für die Zukunft mit allen unserer Bewegung zu Gebote stehenden Mitteln die christlich-nationale Arbeiterbewegung zu fördern. Die an der Konferenz teilnehmenden Beamten, Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute, Arbeiter und Arbeiterinnen der konfessionellen Vereine und Gewerkschaften erblicken in einem gemeinsamen Zusammenwirken der einzelnen Korporationen die beste Gewähr für eine weitere erfolgreiche Tätigkeit der christlich-nationalen Arbeiterschaft im gesamten Münsterlande. Diesen Ziele als Richtschnur einer energischen Betätigung auf wirtschaftlichem Gebiete zur Besserung der Lage der Arbeiterschaft als auch auf dem Wege der zielbewußten Aufklärung und geistigen Schulung, Vertiefung des religiösen Bewußtseins durch die konfessionellen Vereine versprechen die anwesenden Delegierten mit neuem Eifer und unermüdblicher Ausdauer zuzustreben. Die Auf

Erhaltung guter Beziehungen zwischen den einzelnen Korporationen sollen durch regelmäßige Zusammenkünfte der Führer gepflegt werden. Die Mitglieder der einzelnen Korporationen werden aufgefordert, unausgesetzt in der Ausbreitung der christlichen Arbeiterbewegung mitzuwirken.

Die Massenversammlung im Schützenhofsaal. Hatte schon die Delegiertenversammlung einen großartigen Verlauf genommen, so galt das noch mehr von der großen Arbeiterversammlung im Schützenhofsaal. Trotz des lachenden Sonnenscheins, trotz des prächtigen Frühlingssonntags waren der geräumige Saal und die Tribünen dicht besetzt.

Seitens der Regierung war Regierungs-Präsident v. Jaroski persönlich erschienen, die Stadt war durch Bürgermeister Dieckmann vertreten, außerdem waren u. a. noch erschienen: Polizeirat Cron-Gelsenkirchen, zahlreiche Vertreter des katholischen Klerus, Pastor Becker als Vertreter der evangelischen Geistlichkeit, Angehörige der sozialen Studentenvereinigungen usw.

In seinen Einleitungs- und Begrüßungsworten hob der Leiter der Versammlung, Kollege Kamp, hervor, daß sämtliche Abgeordneten des in Frage kommenden Bezirks durch ihre parlamentarische Tätigkeit am Erscheinen verhindert seien und Entschuldigungsschreiben gefandt haben. Mit großem Beifall wurde das Begrüßungs-telegramm des um die christliche Arbeiterbewegung hochverdienten Abg. Prof. Dr. Hise ausgenommen:

„Gefügt vereint, grüßt herzlich mit hoffnungsvollem Blick auf Hise.“

Auch von den christlichen Gewerkschaften in Paris sprach ein Begrüßungstelegramm eingegangen. Weiter sprach Kollege Kamp die Hoffnung aus, daß die große Arbeiterkundgebung manche Aufklärung bringen und manches Vorurteil beseitigen möge, andererseits aber möge der Idealismus, der Opfermut und die Begeisterung der Arbeiterklasse neu entfacht werden. Dann wurde es auch in Zukunft heißen: Christlich-national ist Trumpf im Münsterland!

Die Bedeutung der christl. Arbeiterbewegung als Kulturbewegung und die Notwendigkeit der konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen- und Jugendvereine neben den christlichen Gewerkschaften waren die Themen, über die sich Dizejanpräses Dr. Müller-M. Glöblich und Generalsekretär Stegerwald-Köln alsdann eingehend verbreiteten.

Dr. Müller erörterte einleitend die Ursachen und Gründe, die zur Bildung der Gewerkschaften geführt haben. Drei Grundgedanken hätten bei der

Gründung der christl. Gewerkschaften

wesentlich mitgesprochen. Die Gründer der christlichen Gewerkschaften wollten den gläubigen Arbeitern die Möglichkeit geben, die Besserung ihrer Arbeitsverhältnisse in Organisationen zu erstreben, die von religionsfeindlichen und parteipolitischen Bestrebungen sich frei halten, in rein wirtschaftlichen Organisationen. Nicht deshalb hätten sie solche rein wirtschaftlichen Gebilde geschaffen, um etwa die wirtschaftliche Tätigkeit von Rücksichten auf Glauben und Religion zu trennen, sondern um die Möglichkeit zu geben, die gewerkschaftliche Betätigung auszuüben, ohne gleichzeitig Verletzungen der religiösen Anschauungen ausgesetzt zu sein. Sie wollten ferner den Arbeitern die Freiheit des Arbeitsvertrages, die ihnen gesetzlich geboten war, auch tatsächlich geben. Nicht Klassenkampfstandpunkt, sondern Verhandlungsstandpunkt sei ihr Standpunkt gewesen. Darum sei es auch unberechtigt, von einer Politik der wirtschaftlichen Machtsfrage bei den christlichen Gewerkschaften zu reden. Endlich sollte der Zusammenschluß in interkonfessionellen Gewerkschaften allen nichtsozialistischen Arbeitern eine kraftvolle gewerkschaftliche Organisation geben und auch das Beispiel friedlichen Zusammenarbeitens der Konfessionen verwirklichen, das in unserem Vaterlande so notwendig ist. Die christlichen Gewerkschaften haben sich als interkonfessionell nicht der Zeitung kirchlicher Organe unterstellen können wie die Arbeitervereine, aber sie haben als Organisation sich verpflichtet, nichts zu dulden, was gegen den Gehorsam verstoße, den christliche Arbeiter ihrer Kirche schulden. Wie in politischen Leben ist z. B. das Bürgerturn Kampfe um die Vertretung des Volkes bei der Leitung der Staatsgeschäfte, eine konstitutionelle Verfassung der absoluten den Platz räumte, so ähnlich soll sowohl im gesamten Gewerbe wie im Einzelbetrieb der Arbeiter zur Mitwirkung herangezogen und befähigt werden. Das bedeute einen wirtschaftlichen Fortschritt in ähnlicher Weise, wie ehemals in der Landwirtschaft die Selbständigmachung des Bauern die häuerliche Befreiung sie bewirkte. Die Vergangenheit der christlichen Gewerkschaften habe das bezeugt. Sie hätten im Gegensatz zur Sozialdemokratie nicht das Interesse der gesamten Industrie aus dem Auge verloren, selbst bei Lohnbewegungen nicht, wie es noch der letzte Bergarbeiterausstand bewies. Ihre gewerkschaftliche Arbeit habe als Ziel die Anteilnahme auch der Arbeiter an dem Gewinne der Produktion, dadurch stelle sich die Gewerkschaftsbewegung in den Dienst des allgemeinen Wohles der Volkswirtschaft. Von Bedeutung für den wirtschaftlichen Fortschritt sei auch der christliche Gedanke in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, die wolle, daß der Arbeiter von Verantwortlichkeitsgefühl gegen seinen Schöpfer in der wirtschaftlichen Tätigkeit geleitet werde. Das gebe der Arbeitskraft menschliche Werte, die des Verantwortlichkeitsgefühls und des Pflichtbewußtseins, zumal in Zeiten, wo der materielle Gewinn weniger groß sei. Dadurch erhalte die Arbeitskraft das Recht, sich gleichberechtigt neben das Kapital zu stellen.

Der Redner schloß: Die christlichen Gewerkschaften bieten dem politischen Radikalismus, der in den letzten Jahren wie eine Sturmflut über unser Volk gekommen, und der besonders durch das Hineinwachsen der freien

Gewerkschaften in den politischen Radikalismus der Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse mächtige Stütze erfahren, ein bedeutungsvolles Gegengewicht. (Starker, langanhaltender Beifall.)

Der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Kollege Stegerwald-Köln, von der Versammlung lebhaft begrüßt, beschäftigte sich des näheren mit den

Aufgaben der konfessionellen Arbeitervereine.

Als erste Aufgabe bezeichnete er die Unterweisung und Vertiefung in den Weltanschauungsfragen der Gegenwart, die sich heute von Panzern und Lehrstuhl allein nicht mehr ins gesamte Volk hineintragen läßt, umso mehr nicht, als die Sozialdemokratie in gegnerischem Sinne mit äußerster Anstrengung tätig ist. Dann erstreben die Arbeitervereine die staatsbürgerliche Schulung, eine Aufgabe, die bei den mannigfachen Zusammenhängen der Weltpolitik und Weltwirtschaft, Sozialpolitik, Kommunalpolitik mit den Interessen der Arbeiterklasse schon an sich eine Notwendigkeit ist. Die weitere Aufgabe ist die Förderung der Verstandes- und Gemütsbildung, ferner die Verebelung und Festigung des Familienlebens. Das Wirtschaftsleben ist letzten Endes nicht bloß herbeizuführen auf materiellen Werten, sondern es ist notwendig, neben diesen materiellen Werten auch die sittlichen Werte zu pflegen und zu fördern. Wie ferner die Lohnbewegung ein wirtschaftliches Kapitel der Gewerkschaft ist, so ist die hauswirtschaftliche Unterweisung der Frauen und Mädchen ein notwendiges und wichtiges Kapitel in den Aufgaben der Arbeitervereine. Derselben Aufgaben sollen auch die Arbeiterinnenvereine beherrschen. Gerade auf diesem Gebiete ist angesichts der gewaltigen Fortschritte der sozialdemokratischen Organisationen noch vieles zu tun, nicht minder auch auf dem Gebiete der Jugendbewegung. Wir haben, so schloß der Redner, keine Veranlassung, angesichts der sozialen Hochflut, die die Gegenwart beherrscht, nutzlos in die Zukunft zu schauen. Diese Hochflut wird auch noch einmal zurückeilen; wie schnell oder wie allmählich das geschieht, das haben die katholischen Arbeiter mitzubestimmen. In den letzten 15 Jahren ist in der christlichen Arbeiterbewegung, soweit die Arbeitervereine in Frage kommen, nicht umsonst gearbeitet worden. Unsere Aufgabe muß es sein, auch im neuen Jahrzehnt noch weitere Hunderttausend um das Banner der christlichen Arbeiterklasse zu führen. (Stürmischer Beifall.)

Der Leiter der Versammlung dankte beiden Rednern und unterbreitete der Versammlung folgende

Resolution:

„Die Versammlung begrüßt mit hoher Freude die Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften auf wirtschaftlichem und die Bestrebungen der katholischen und evangelischen Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Gefellen- und Jugendvereine auf kulturellem und ideellem Gebiete. Angesichts der hohen und erhabenen Aufgaben der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist die Versammlung der Ansicht, daß ein Hand- in-Handarbeiten der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Vereine durchaus notwendig und zweckmäßig ist. Ganz besonders begrüßt die Versammlung das außerordentlich gute Verhältnis, das bisher im Münsterland zwischen den christlichen Gewerkschaften und den konfessionellen Vereinen bestand und verpflichtet, alles aufzubieten, um diese treue Waffenbrüderschaft auch in Zukunft zu erhalten. Getragen von dem Geiste echter deutscher Vaterlandsliebe, verbunden mit dem Bestreben der geistigen und wirtschaftlichen Emporhebung der Arbeiterklasse, verpflichtet die Versammlung, unentwegt festzuhalten an den bisherigen Grundsätzen der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen, die insbesondere auch darauf gerichtet sind, den Arbeiterstand einzureihen in den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft. Die Versammlung ist durchdrungen von dem Gedanken, daß infolge der zerstörenden Wirkungen der sozialdemokratischen Massenbewegung die Hoffnung auf eine gesunde Weiterentwicklung unseres volkswirtschaftlichen nationalen Lebens nur auf einer starken christlich-nationalen Arbeiterbewegung begründet werden kann.“

Die Versammlung geht auseinander mit dem gemeinsamen Vorhabe, die von den Rednern vertretenen Grundsätze allüberall zur Geltung zu bringen und dementsprechend zu handeln.“

Berichte aus den Ortsgruppen.

Burbach (bad. Albtal). Auf lustiger Höhe im schönen Albtale liegt Burbach, in welchem sich eine blühende Zahlreiche unseres Verbandes befindet. Die letzte Versammlung am 25. April erfreute sich eines guten Besuches. Nach Eröffnung durch den Kollegen Baum gab der Kassierer Kollege Rabold den Kassenbericht des ersten Quartals. Unser Lokalbeamter hielt sodann einen Vortrag über: „Unsere Taktik bei Lohnbewegungen“, dem die Anwesenden mit Interesse folgten. Mit dem Verprechen, die noch fernstehenden in den nächsten Wochen für den Verband zu gewinnen und nach Abington einiger fröhlicher Wieder fand die Versammlung ihren Abschluß.

Düsseldorf. Die Errichtung eines Wohnungsnachweises beschäftigt zur Zeit unsere Stadtverwaltung. Der Wohnungsnachweis soll aber in enger Anlehnung an den hiesigen, bei den Mietern in schlechtem Geruche stehenden Haus- und Grundbesitzverein errichtet werden. Und damit können wir uns nicht einverstanden erklären. Der hiesige „Soziale Ausschuß“, dem auch unsere Ortsgruppe angehört, hat darum folgende Eingabe an den Oberbürgermeister und die Stadtverordneten beschlossen:

„Zu der Vorlage eines Wohnungsnachweises seitens der Stadt Düsseldorf unterbreitet der ergebens unterzeichnete Ausschuß für soziale Angelegenheiten und Arbeitervertreterwahlen, der sich zusammensetzt aus den konfessionellen Arbeitervereinen (evangl. und kath.) und den christlichen Gewerkschaften der Stadt Düsseldorf, Euer Hochwohlgeboren nachstehende Eingabe:

„Der Ausschuß begrüßt die Errichtung eines städtischen Wohnungsnachweises als die Erfüllung eines dringenden Bedürfnisses. Nun soll der Wohnungsnachweis, wie aus der Denkschrift der Stadtverwaltung hervorgeht, von dieser nicht selbständig geführt, sondern dem hier bestehenden Haus- und Grundbesitzverein, bezw. dessen privaten Wohnungsnachweis, angegliedert werden. Wegen einer derartigen Angliederung hat der unterzeichnete Ausschuß die schwersten Bedenken. Sie liegt

weder im Interesse der Mieter, noch auch weiterer Kreise der Vermieter.“

Die Gründe, die die Mieter gegen eine solche Zusammenlegung der städt. Wohnungsnachweise geltend machen, und u. G. mit Recht geltend machen, sind folgende: Es ist allgemein bekannt, daß der Düsseldorf Haus- und Grundbesitzverein in Mieterkreisen wenig Zuneigung besitzt und gegen ihn eine große Antipathie besteht. Dieselbe ist einmal zurückzuführen auf die bedeutenden und fortwährenden Mietsteigerungen der letzten Jahre, bei denen der Haus- und Grundbesitzverein in nicht unerheblichem Maße mitgewirkt hat und zum andern auf die außerordentlich scharfen Mietverträge des Vereins, die nicht selten bis zur äußersten Konsequenz und rücksichtslos durchgeführt werden. Das Vertrauen weiter Mieterkreise zum städt. Wohnungsnachweis würde infolge der Angliederung an den Wohnungsnachweis des Haus- und Grundbesitzvereins von vornherein nicht vorhanden sein. Auch ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß mit einer solchen Einrichtung nicht nur dem sozialen Frieden nicht gebietet, sondern eher ein gefährlicher Panzertapfel in die Bevölkerung hineingeworfen wird. Im Interesse einer geistlichen Entwicklung und der sozialen Wirkung eines allgemeinen Wohnungsnachweises ist das weitgehendste Vertrauen der Mieterkreise unerlässlich.

Die geplante Angliederung liegt aber auch nicht im Interesse der Vermieter. Nur etwa ein Fünftel aller Vermieter in Düsseldorf sind dem Haus- und Grundbesitzverein angeschlossen. Mit Recht würden diejenigen Vermieter, die nicht dem Haus- und Grundbesitzverein angehören, zu befürchten haben, daß, wenn der Beamte des Haus- und Grundbesitzvereins die Wohnungsvermittlung besorgt, dieser zunächst diejenigen Wohnungen zu vermitteln sucht, die Vereinsmitgliedern gehören, von denen er ja auch angestellt ist und bezahlt wird. Auch der Umstand, daß die Vermittlung nicht in den Büroräumen des Haus- und Grundbesitzvereins erfolgen soll, dürfte das Mißtrauen gegen eine derartige Zusammenlegung einer für die Allgemeinheit bestimmten städt. Anstalt mit einer Sonderinteressengruppe nicht beseitigen.

Aus allen diesen Gründen bittet der ergebens unterzeichnete Ausschuß die Stadtverwaltung, den zu errichtenden Wohnungsnachweis auf partiiatischer Grundlage, ähnlich wie die Verwaltung des allgemeinen Wohnungsnachweises, zu gestalten. Nur bei einer vollständig unparteiischen und selbständigen Verwaltung ist die Gewähr gegeben, daß der Einrichtung dasjenige Vertrauen entgegengebracht wird, das für eine segensreiche Wirksamkeit in erster Linie notwendig ist.“

Gera. Gegen den sozialdemokratischen Arbeitererrat in Krefeld. An Stelle des wieder nach Eilendorf abgereisten Kollegen Bartz wurde in unserer Versammlung am 14. April dem Kollegen Steingrüber die Führung der Ortsgruppe übertragen. Bedauert wurde allgemein, daß Kollege Bartz nicht länger hier verweilt. Zum Schriftführer konnte Kollege Heller gewählt werden. Der Kollege Melcher hielt nunmehr einen Vortrag über den großen „Krefelder Färbereistreit“. Alle Einzelheiten des Kampfes wurden von ihm gekennzeichnet, besonders deutlich die Trennung unseres Verbandes von dem sozialdemokratischen. Auf die Feststellung, daß vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverband im Buppertal Streikarbeit für Krefelder Firmen verrichtet wird, hatten die Anwesenden nur ein kräftiges „Pfui“. In der Diskussion kam denn auch zum Ausdruck, daß das Verhalten des deutschen Textilarbeiterverbandes in Krefelder Färbereistreit sich durchaus nicht mit dem in Sachsen-Thüringen deckt. Hat sich doch bei hiesigen Färbereiarbeiterbewegungen der sozialdemokratische Verband stets mit ganz minimalen Zugeständnissen zufrieden gegeben. Alle Kollegen waren sich darüber einig, nunmehr erst recht, den deutschen Textilarbeiterverband an seine Pflicht zu erinnern und für eine gleich hohe Entlohnung der hiesigen Färbereiarbeiter und Arbeiterinnen zu sorgen, wie im Krefelder Bezirk. Reichen doch die Löhne hierorts bei weitem nicht an die der Krefelder Färbereiarbeiter. Verwunderung rief die Tatsache hervor, daß der sozialdemokratische Textilarbeiterverband ein Eingekandt der Färbereikonvention als willkommene Unterstützung im Kampf gegen uns verwendet. Bei Schluß des Vortrages wurde die Resolution, welche in Zwickau am 6. April gefaßt wurde, für die richtige Antwort auf die Haltung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes befunden. Nach einem Bericht von der eben erwähnten Vorstande- und Arbeiterinnenkonferenz in Zwickau fand die Versammlung ihr Ende.

Greiz. Eine recht gut besuchte Versammlung konnte unsere Ortsgruppe am 5. April abhalten. Aus dem vom Kassierer erstatteten Quartalsbericht geht hervor, daß die Einnahmen stetig im Steigen begriffen sind. Auch konnte eine größere Summe an die Zentralkasse abgeführt werden. Diese bessere Finanzierung unseres Verbandes, die durch die Beschlässe der Elberfelder Generalversammlung herbeigeführt worden ist, rief allgemeine Befriedigung hervor. Für die Arbeiterinnenkonferenz am 6. April in Zwickau wurden die Kolleginnen Anna Bauer und Dreiforn als Delegierte gewählt. Auch soll eine dieser Kolleginnen die Berichterstattung über die Arbeiterinnenagitation in die Hand nehmen. Da der bisherige Kassierer Kollege Fiedel sein Amt als Kassierer abgegeben hat, wurde an seine Stelle der Kollege Johann Köbel, Idalstraße 25, bestätigt. An die Stelle des Kollegen Köbel als Beisitzer, trat Kollege Sticheltraut, während zum Schriftführer Kollege Michel gewählt wurde. Der hierauf folgende Vortrag des Kollegen Melcher über „die Selben“, wurde mit großer Aufmerksamkeit von den Anwesenden verfolgt. In der Diskussion waren sich die Redner einig, alles daran zu setzen, einer etwaigen Gründung gelber Arbeitervereine den größten Widerstand entgegen zu setzen. Im Verchiedenen besprach Kollege Melcher noch in kurzen Zügen die Krefelder Aussperrung und stellte hierüber einen ausführlichen Vortrag in Aussicht. Nach einigen Dankesworten seitens des Vorsitzenden an den bisherigen Kassierer für die von ihm geleistete Arbeit konnte die schön verlaufene Versammlung geschlossen werden.

Hils. Nachdem unsere Ortsgruppe bereits in zwei großen öffentlichen Versammlungen Stellung zum sozialdemokratischen Arbeitererrat in Krefeld genommen hatte, in der ersten Versammlung sprachen die Kollegen Fischer und Müller (am 3. April), in der zweiten Kartellsekretär Bonas (am 15. April), hielt die Ortsgruppe nochmals am 20. April eine gut besuchte geschlossene Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege W. Jentges, hielt ein einstündiges Referat über das Thema: „Die gegenwärtige Situation und wie stellen wir uns gegenüber den Beschlüssen unseres Zentralvorstandes“. Zunächst ließ der Redner noch einmal kurz den Verlauf der Färbereibewegung Revue passieren, um dann eingehend sich mit der Stellung des sozialdemokratischen Verbandes zu befassen. Derselbe habe allen vernünftigen gewerkschaftlichen Grundsätzen geradezu ins Gesicht geschlagen. Was den roten Verband zu dieser Stellungnahme bewegt, sei erstens die Furcht vor der Rebellion der Färbere, alle die vom roten Verbande in den letzten Jahren geführte Saha-

Bewegungen sprechen dafür; zweitens den christlichen Verband in seiner Aktionsfähigkeit am Niederrhein zu schwächen (der christliche Verband zählt 7000 Mitglieder, der rote Verband 4000 Mitglieder am Niederrhein). Geradezu lächerlich sei die Behauptung der „deutschen“ Textilarbeiterzeitung, der sozialdemokratische Verband hätte die Unternehmer gezwungen, die Auslieferung auszugeben. Der christliche Verband hat die Aufhebung der Sperre veranlaßt. Sodann ging der Redner mit der angeblich neutralen Hirsch-Dunderschen Organisation scharf ins Gericht und kennzeichnete deren Verhalten während der Bewegung, namentlich hier am Orte. Noch niemals habe die Hirsch-Dundersche Gewerkschaft hier am Niederrhein es vermocht, selbständig Lohnbewegungen zu führen. Wohl tritt sie jedesmal nach einer Bewegung auf den Plan, um die Broden zu sammeln, die auf dem Kampfpfad liegen bleiben. Auch macht dieselbe stets viel Geschrei wegen ihrer hohen Unterstützungsfrage, was aber dem Kenner der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft gar nicht imponieren kann. In Wirklichkeit bleiben die Unterstützungen in ihrer Gesamtheit weit hinter der des christlichen Verbandes zurück. — Das Verhalten der Führerschaft des christlichen Verbandes sei allen gewerkschaftlichen Grundsätzen angepaßt gewesen und könne vor aller Öffentlichkeit vertreten werden. Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, sowie die in- und ausländische Presse aller Parteischattierungen, soweit sie über Bewegung berichtet haben, sei mit der Haltung der Führer voll einverstanden. Bezüglich des Gebarens der Hirsch-Dunderschen Organisation nahm die Versammlung folgende Resolution an: „Da infolge der heutigen Situation die Angriffe auf die christliche Organisation und ihre Führer von Seiten der gegnerischen Organisationen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln betrieben wird, müssen wir besonders die Hirsch-Dundersche Organisation bitten, mal an die Öffentlichkeit zu treten und ihren Standpunkt betreffs der Färbereibewegung in einer öffentlichen Versammlung hier in Hülz klarzulegen, damit Bürgerchaft und Arbeiter von der Stellungnahme der Hirsch-Dunderschen Organisation bei einer solchen Angelegenheit Aufklärung erhalten, was ja bis jetzt noch nicht geschehen ist.“

Kollnau (L. Breisgan). Gegen den sozialdemokratischen Arbeitererrat in Krefeld. Am 18. April hielt unsere Ortsgruppe eine ziemlich gut besuchte Versammlung ab. Es waren auch die Kollegen Wapner und Bühler von Baldkirch anwesend. Der Kassierer, Kollege Umbs, gab den Kassenbericht vom ersten Quartal. Sodann wurden zwei Delegierte zur Spinnertagung nach Schoppheim gewählt. Wie alle Jahre, so wurde auch für dieses Jahr ein Matrausflug beschlossen, der am 4. Mai zur Ausführung kommen wird. Unser Vorsitzender, Kollege Eisenmann, schilderte dann die Verhältnisse der Krefelder Bewegung. Seine Ausführungen erregten bei allen Anwesenden großes Interesse. Die Haltung des sozialdemokratischen Verbandes wurde scharf verurteilt. Kollege Umbs ermunterte dann noch die Versammelten zum eifrigen Lesen der Verbandszeitung und der Flugblätter. Textilarbeiter des Ostales! Gerade die Krefelder Bewegung zeigt wieder deutlich, wie notwendig die christlichen Gewerkschaften sind zur Vertretung unserer wirtschaftlichen Interessen und zum Schutze christlich national denkender Arbeiter gegen sozialdemokratischen Terrorismus und sozialdemokratische Schändung der Arbeiterinteressen.

Osenbach. Abgeschiedenen von der Welt, fern von jedem Verkehr, liegt unsere Ortschaft, rings von Bergen umgeben. Ein weiter Weg von zwei Stunden bis zur nächsten Wagnation. Die Einwohner treiben zum großen Teil Weinbau und Ackerwirtschaft, ein anderer Teil arbeitet im Wald und ein dritter, nicht geringer Teil, verbraucht seine Kraft in dampfenden Fabriken der Textilindustrie. Hier von stehen zwei Fabriken im benachbarten Sulzmat, bekannt durch sein „Sulzmat Wasser“. Die Arbeiterschaft dieser Fabriken rekrutiert sich aus Sulzmat selbst, sowie aus mehreren umliegenden Ortschaften, alle sehr schön im Gebirge, 1/2 bis 3/4 Stunden von Sulzmat entfernt, gelegen. Die Arbeiterschaft des einen der beiden Betriebe, Baumwollspinnerei und Weberei Erny u. Limberger, stand dieses Jahr bereits zweifach im Streik. Jedes Mal handelte es sich um Abwehr der von der Leitung vorgenommenen Verschlechterungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis. Ohne Organisation begannen die Arbeiter den Kampf. Erst im Verlaufe desselben schloß sich ein großer Teil dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande an. Diese bisherige Sorglosigkeit und Interesselosigkeit sollte sich bitter rächen. Nachdem der Streik kurze Zeit gedauert hatte, mußten die Arbeiter die Kassen strecken. Der Unternehmer hatte gesagt: Mit Verschlechterungen trater die Arbeiter ihre gewohnte Beschäftigung wieder an. Und diese Verschlechterungen waren sehr erheblich; wurden doch Lohnreduktionen teilweise bis zu 20% vorgenommen. Außerdem wurde die Arbeitszeit von 10 auf 10 1/2 Stunden verlängert. Ja, die Arbeiter haben sogar eine mehr wie 1 1/2 stündige Arbeitszeit, da die Maschine gleich nach 6 resp. 1 Uhr in Gang gesetzt wird. Auch die Arbeiterinnen und Jugendlichen haben, trotzdem für sie der gesetzliche Jehnsummentag besteht, die gleich lange Arbeitszeit. Es ist zwar in der Arbeitsordnung für die Arbeiterinnen vormittags 1/2 Stunde und nachmittags 1/4 Stunde, sowie für die Jugendlichen vorm- und nachmittags je 1/2 Stunde Pause vorgesehen; indes werden diese Pausen infolge des überaus niedrigen Lohnes von niemandem eingehalten.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind sich ihres menschenunwürdigen Daseins wohl bewußt und suchen nach Abhilfe. Allein sind sie machtlos. Nur die Organisation kann ihnen helfen. So besitz denn der Zentralverband christlicher Textilarbeiter am Sonntag, den 27. April, in den Gemeindefaal von Osenbach für die Osenbacher Arbeiterschaft eine Versammlung ein, die gut besucht war. Gewerkschaftssekretär Simon-Gebweiler war mit einer Leibgarde, bestehend aus einigen Kollegen des Gewerkschafts, die den weiten Weg im Interesse des Verbandes nicht scheuten, erschienen und hielt einen Vortrag über die Bedeutung des christlichen Textilarbeiterverbandes. Die Notwendigkeit der Organisation wurde so überzeugend nachgewiesen, dabei aber auch der sozialdemokratische Textilarbeiterverband in seiner ganzen Glorie des Glaubenshasses und des Arbeiterverrats gezeigt, das das Resultat der Versammlung einige Uebertritte und Kennanahmen war. Die Osenbacher Arbeiterschaft läßt sich eben nicht foppen. Was sie einmal als notwendig erkannt, wird sie auch stur durchzuführen. Recht so! Aber immer für Ausbreitung des christlichen Textilarbeiterverbandes gesorgt. Der Erfolg wird und kann dann nicht ausbleiben.

Reichenbach i. Rogland. Gegen den sozialdemokratischen Arbeitererrat in Krefeld. Fast alle Mitglieder unserer Ortsgruppe hatten sich zur Versammlung am 12. April im „Raffener“ eingefunden. Nach herzlichen Begrüßungsworten seitens des Vorsitzenden gab dieser einen Bericht über die am 6. April in Jwidau stattgehabene Arbeiterinnen- und Vorstandskonferenz. Kollege Reicher aus

Greiz hielt darauf einen Vortrag über „die Krefelder Färbereiarbeiterbewegung“. Die Anwesenden waren sich darüber einig, daß der sozialdemokratische Textilarbeiterverband mit seiner Haltung in Krefeld alle gewerkschaftlichen Grundsätze in den Wind schlägt. Bei hiesigen Bewegungen ist man von ihm eine andere Haltung gewohnt. Die Kollegen bewilligten einstimmig die in Jwidau gefaßte Resolution, die eine scharfe Verurteilung des sozialdemokratischen Verbandes enthält. Mit dem Wunsche, daß hier in Reichenbach der Verband christlicher Textilarbeiter stetig voran komme, wurde die Versammlung von dem Vorsitzenden geschlossen.

Rheine. Gegen den sozialdemokratischen Arbeitererrat in Krefeld. In Nr. 17 unseres Organes haben wir schon darauf hingewiesen, daß in der öffentlichen Versammlung am 19. April, einberufen vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande, den Vertretern der christlichen Gewerkschaften das Wort abgeschnitten worden ist. Nur um diese nochmals wieder zu Worte kommen zu lassen und auch, um die Ausschneider eines wohlbekannten Genossen M. in der „Dortmunder-Arbeiterzeitung“ und im Organe des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes richtig zu stellen, hatte das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften seinerseits eine öffentliche Versammlung einberufen. Der Besuch war, was christliche Gewerkschaftler anbelangt, ein außerordentlich guter, es mochten zu Anfang der Versammlung wohl 600 Arbeiter und Arbeiterinnen anwesend gewesen sein und rund 400 haben bis nach 2 1/2 Uhr standgehalten. Der Referent, Kollege Camps, legte nochmals in ausführlicher Weise die Bewegung in Krefeld klar und stellte auch wieder fest, daß 250000 M. durch die Bewegung für die Arbeiterschaft errungen seien, daß von Anfang an und auch heute noch im Wuppertale Streitarbeit gemacht würde und daß seitens des sozialdemokratischen Verbandes immer noch Forderungen aufgeführt würden, die schon vor dem Schlusse des Jahres 1912 fallen gelassen seien. Sodann ging Redner dazu über, das Verhalten des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in der Versammlung am 19. April unter die Lupe zu nehmen und die Ausschneider des Genossen M., worunter man wohl mit Recht den Genossen Matthias vermutet, richtig zu stellen. Er stellte zunächst fest, daß ihm von dem vorgenannten Genossen, als Leiter der Versammlung, das Wort versprochen, aber nicht erteilt sei, ferner, daß der Kollege Buskamp und der Kollege Baars sich zum Wort gemeldet und es ebenfalls nicht erhalten hätten. Unter großem Beifall konnte dann der Kollege Camps seine interessantesten Ausführungen beenden. Allerdings, ganz ruhig war es nun doch nicht zugegangen, nein, im Gegenteil, hier haben unsere Gegner ihrem auf der Versammlung am 19. April erworbenen Ruf als Radaubröder wieder alle Ehre gemacht. Als zweiter Redner bekam dann der satfam bekannte Genosse Matthias das Wort. Was derselbe in Bezug auf Krefeld vorbrachte, ist schon hundertmal widerlegt worden, es scheint fast, als wenn es dem Genossen Matthias gegenüber keine Widerlegung gibt, aber interessant war, daß er es als eine Lüge bezeichnete, daß sich der Kollege Buskamp auf der Versammlung am 19. April zum Worte gemeldet hätte. Doch das Unglück schreitet schnell; der Arbeiter, der die schriftliche Wortmeldung überbracht hatte, war in der Versammlung anwesend, bekräftigte ausdrücklich, daß er die Wortmeldung überbracht hätte. Matthias, ist es auch jetzt noch eine Lüge oder nehmen Sie es dem Gegner gegenüber nicht so genau mit der Wahrheit?

Der Kollege Buskamp, der dann sprach, ging auf mehrere Ausführungen des Genossen Matthias noch näher ein und stellte auch mal wieder das so gern gerittene, allerdings veraltete Stiefenpferd, die christlichen Gewerkschaften sind Zentrums-gewerkschaften, ins rechte Licht. Da insbesondere durch Zwischenrufe auf den berüchtigten Heinrichsbrief und auf die Bergarbeiterbewegung im Jahre 1912 hingewiesen wurde, benutzte der Kollege Felderhoff-Osnabrück diese Gelegenheit, hierauf mal gründlich, ja recht gründlich einzugehen. Er konnte dies umfomehr, da er als Sekretär des christlichen Bergarbeiterverbandes diese Materie vollständig beherrschte. Ferner ging er auf einige Äußerungen des Genossen Matthias näher ein und zerzaufte dieselben in einer so gründlichen Art und Weise, daß dröhnender Beifall ihm zuteil wurde. Da sich noch neun Diskussionsredner zum Wort gemeldet hatten, wurde die Redezeit auf zehn Minuten festgesetzt. Von den nachfolgenden Kollegen, die sich als Redner gemeldet, sprachen einige mit gutem Geschick. Dann kam aber der Genosse Meier-Gronau zu Wort und ihm wurden sogar 20 Minuten Redezeit gewährt, damit er mal wieder etwas neues vorbringen solle, doch man war enttäuscht, denn er war absolut nicht der Meier vom 19. April, allerdings sein Verbandsvorsitzender Hübsch war auch diesmal nicht da. Weiter lohnt es sich nicht auf seine schalen Ausführungen einzugehen. Genosse Matthias, der das Wort nochmals zu einer Nichtigstellung erhalten hatte, versuchte dies in unverdächtigster Weise für seine Phrasendrescherei auszunutzen, bis ihm das Wort entzogen werden mußte. Kollege Camps hielt dann im Schlußwort noch eine gründliche Abrechnung; eine gründlichere ist den Genossen Matthias und Meier wohl noch nicht zuteil geworden. Unter dem Jubel der Versammlung stellte er fest, daß die christlichen Gewerkschaften selbständige Organisationen seien, die bei ihren Beschlüssen nicht darnach fragen, ob dieselben den Notan angenehm seien oder nicht. Der Versammlungsleiter, Kollege Artfötter, konnte noch darauf hinweisen, daß, wenn ein gegnerischer Redner gesprochen hätte, nicht die größte Ruhe geherrscht hätte, wenn jedoch ein christlicher Redner gesprochen hätte, gleichviel wer, der größte Radau gewesen wäre, welches schon allein die sozialdemokratische Erziehungsmethode kennzeichnete.

Mit allen gegen ungefähr 40 Stimmen wurde dann nachfolgende Resolution angenommen: „Die am 3. Mai im Stadtbürgerhof tagende, von 400 Arbeiterinnen und Arbeitern besuchte Versammlung ist mit dem Verhalten der Führer des christlichen Textilarbeiterverbandes vollständig einverstanden und verurteilt mit dem Referenten aufs schärfste das Verhalten des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, so-wohl was die Färbereibewegung in Krefeld als auch das Verhalten auf der Versammlung am 19. April anbelangt. Die Versammelten verpflichten sich, nur erst recht für Ausbreitung und Stärkung der christlichen Gewerkschaften tätig zu sein.“

Nachdem der Leiter der Versammlung nochmals zu einer intensiven Mitarbeit innerhalb der christlichen Gewerkschaften aufgefordert hatte, fand die imposante Kundgebung für den christlichen Gewerkschaftsbau mit einem brausenden Hoch auf die christlich nationale Arbeiterbewegung ihr Ende.

Bonn. Gegen den sozialdemokratischen Arbeitererrat in Krefeld. In unserer letzten Mitglieder-versammlung hatten wir zunächst einen neuen Kassierer zu wählen. Da unser Kassierer, Kollege Hubert Birz, in einem anderen Verbandsbezirk in Arbeit getreten ist und auch seinen Wohnsitz dorthin verlegen wird, war er gezwungen, sein Amt niederzulegen. Mit ihm verliert die Ortsgruppe M.-Gladbach-Bonn einen rechtschaffenen und pflichtgetreuen Kollegen, der die Verbandsgebelde in der redlichsten Weise

behütet und verwaltet hat. An dieser Stelle sei ihm der herzlichste Dank der Ortsgruppe ausgesprochen. Die Versammlung wählte nun fast einstimmig die Kollegin Josefina Siebes als Kassiererin. Hierauf referierte der Bezirksleiter, Kollege Hermes, über die Krefelder Bewegung. Einleitend bemerkte Redner, daß die Verhältnisse in Krefeld ganz andere seien als hier in Gladbach, daß dort im Stadtbezirk Krefeld, wo der „deutsche“ Textilarbeiterverband vorwiegend vertreten sei, die Masse zu bestimmen habe und nicht die Verbandsleitung. In seinen weiteren Ausführungen schilderte Redner die Ursachen des Kampfes, die Aufstellung der Forderungen, wie hoch sich dieselben belaufen und wie weit die Arbeitgeber den Arbeitern entgegengekommen sind. Es wird wohl überflüssig sein, hier die Ereignisse, die sich während dieser Zeit abgespielt haben, zu schildern, da dieselben ja weitaus genug der Öffentlichkeit bekannt sind. In einer regen Diskussion wurde die Haltung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes aufs schärfste verurteilt und somit das Verhalten des christlichen Textilarbeiterverbandes glänzend gerechtfertigt.

Winzfelden. (Ueber Lage und Arbeiterverhältnisse siehe den Artikel Osenbach.) Auch in unserer Ortschaft hat der christliche Textilarbeiterverband am gleichen Tage wie in Osenbach endlich Eingang gefunden. Die hiesige Arbeiterschaft besteht zumeist aus Jugendlichen und Arbeiterinnen, die jedoch nicht weniger energisch wie die Kollegen und Kolleginnen anderwärts für die Interessen der Arbeiter eintreten werden. Eifrige Uebertritte und Neuaufnahmen trönten auch hier die Arbeit des Gewerkschaftssekretärs Simone und seiner Leibgarde. Neue Mitstreiter zu gewinnen, werden sich die Aufgenommenen alle Mühe geben.

Berichtigung.

Der in dem ersten Artikel der vorigen Nummer genannte Beamte des Gewerkschafts des Hirsch-Dunderschen Textilarbeiter heißt nicht Müller, sondern Weber.

Briefkasten.

M. L. in S. Bericht über Amst. für diese Nummer zu spät. In der nächsten Nummer.
 R. W. in B. Wir haben keine Lust, uns mit dem Schmutzkübel einzulassen.
 G. B. in M. Die Reklamation muß innerhalb vier Wochen, vom Tage der Zustellung der Veranlagung an gerechnet, erfolgt sein.

Versammlungskalender.

- Barmen. 17. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Mertin, Parlamentstr. 1.
- Brand. 18. Mai, 10 1/2 Uhr, bei Wengenberg.
- Klombacherbach. 18. Mai, 2 Uhr, bei Edmund Schneider, Generalversammlung.
- Cottbus. 17. Mai, 8 Uhr, im evang. Vereins-hause.
- Sindelf. 18. Mai, 10 1/2 Uhr, bei Witwe Hahn, Generalversammlung.
- Pfaffenst. 19. Mai, 1/7 Uhr, im Lokale „Zum Ocher“, Vertrauensmännerversammlung.
- Schießahn. 18. Mai, morgens nach dem Hochamte, bei Wilhelm Hohnen.

Sterbe-Tafel.

- Es starben die Verbandsmitglieder:
- Johannes Behrens in Rheine.
 - Joseph Buntz in Dornach.
 - Ignaz Erhardt in Fulda.
 - Johann Bürschgens in Dülken.
 - Wilhelm Gödeke in Hannover-Linden.
 - Peter Küsters in Viersen.
 - Peter Tappesser in Viersen.
 - Gertrud Nyenhuis in Gronau.
 - Frau Baitus in Hergenrath.
 - Johann Mahl in Friedberg.
 - Konrad Bürks in Krefeld.
 - Wilhelm Paschmann in Krefeld.
 - Anton Stiel in M.-Gladbach.
 - Nikolaus Flam in Eupen.
 - Johann Schinkels in Schiefbahn.
 - Joseph Rauss in Mesum.
 - Robert Miebach in Barmen.
 - Maria Hütten in Wassenberg.
 - Helene Bartels in Wassenberg.
 - Nanette Meyer in Bühl.
- Ehre ihrem Andenken!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Rote Geuchelei. — Zu geringfügig. — Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. — Die Wochenhilfe. — Das Abschlagen der Schusspulen. — Familien-Börse der Arbeit. — Allgemeine Hundschau: Zur Belebung unseres Versammlungsbüchens. — Der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands. — Lehrverträge in der Textilindustrie. — Ein vernünftiger Antrag zur Wehrvorlage. — Wo fiken die Streibtreiber? — Gibt es einen gesunden Organisationszwang? — Die parteipolitische „Neutralität“ der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften. — Ein klägliches Fiasko. — Evangelische Arbeitervereine gegen die gelbe Arbeiterbewegung. — Eine internationale Ueberblick über die Frauenarbeit. — Aus unserer Industrie: Wichtige Erfindung für die Textilindustrie. — Die Produktion der Krefelder Seidenindustrie im Jahre 1912. — Aus der Textilindustrie. — Starke Textileinfuhr aus Oesterreich. — Aus dem Verbandsgebiete: Aus unseren Bezirken: Eine imposante Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiterschaft des Münsterlandes. — Berichte aus den Ortsgruppen: Buxbach. — Düsseldorf. — Gera. — Greiz. — Hülz. — Kollnau. — Osenbach. — Reichenbach. — Rheine. — Wem. — Winzfelden. — Berichtigung. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbe-Tafel.